

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

Sie sehen vor sich einen neuen an die Öffentlichkeit gerichteten Bericht der Mannheimer Versicherung AG. Dieser Bericht tritt neben den Geschäftsbericht, der den handelsrechtlichen Jahresabschluss erläutert.

Der vorliegende Bericht wird mit seinen Inhalten und seiner Gliederung durch das neue Aufsichtsregime Solvency II vorgeschrieben, das zum 1. Januar 2016 in Kraft getreten ist. In der zugrundeliegenden EU-Gesetzgebung wird dieser Bericht als „Solvency and Financial Condition Report“, kurz SFCR, bezeichnet. Im deutschen Versicherungsaufsichtsgesetz lautet die Bezeichnung „Bericht über die Solvabilität und Finanzlage“.

Die Solvabilität ist – kurz gesagt – das Verhältnis zwischen den Eigenmittelanforderungen, die sich aus dem Risikoprofil eines Versicherungsunternehmens ergeben, und den Eigenmitteln, die dem Unternehmen zur Verfügung stehen.

Dieses komplexe Themenfeld für die interessierte Öffentlichkeit verständlich darzustellen ist nicht leicht. Zudem liegen branchenweit noch keine praktischen Erfahrungen zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben in konkrete Berichtsformate vor.

Dies vorausgeschickt hoffen wir, dass der vorliegende Bericht Ihr Interesse findet.

Mannheim, den 19. Mai 2017

Der Vorstand



Dr. Christoph Helmich



Dr. Gerhard Schmitz



Stefan Andersch



Alf N. Schlegel



Jürgen Wörner



Mannheimer Versicherung AG

Solvency and Financial Condition Report

zum Stichtag 31.12.2016

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	4
A.1 Geschäftstätigkeit	4
A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis	6
A.3 Anlageergebnis	8
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten	8
A.5 Sonstige Angaben	9
B. Governance-System	9
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System	9
B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit	13
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	15
B.4 Internes Kontrollsystem	18
B.5 Funktion der Internen Revision	19
B.6 Versicherungsmathematische Funktion	20
B.7 Outsourcing	21
B.8 Sonstige Angaben	23
C. Risikoprofil	23
C.1 Versicherungstechnisches Risiko	24
C.2 Marktrisiko	28
C.3 Kreditrisiko	30
C.4 Liquiditätsrisiko	33
C.5 Operationelles Risiko	33
C.6 Andere wesentliche Risiken	34
C.7 Sonstige Angaben	34
D. Bewertung für Solvabilitätszwecke	35
D.1 Vermögenswerte	36
D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen	42
D.3 Sonstige Verbindlichkeiten	48
D.4 Alternative Bewertungsmethoden	51
D.5 Sonstige Angaben	53

E. Kapitalmanagement	53
E.1 Eigenmittel.....	53
E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung	55
E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung	57
E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen.....	57
E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung	57
E.6 Sonstige Angaben	57
Anhang I.....	57

Zusammenfassung

Dieser Bericht über die Solvabilität und Finanzlage (**Solvency and Financial Condition Report, SFCR**) der Mannheimer Versicherung AG (im Folgenden: die Gesellschaft) bezieht sich auf das erste Geschäftsjahr unter dem aktuellen Aufsichtsregime Solvency II. Stichtag ist der 31. Dezember 2016. Zahlen, die Geldbeträge wiedergeben, werden sowohl im Fließtext als auch in tabellarischen Darstellungen in tausend Einheiten angegeben. Es wird kaufmännisch gerundet.

Die Gesellschaft gehört dem Continentale Versicherungsverbund an. Anteilseigner der Gesellschaft ist zu 100 % die Continentale Holding AG, die sich wiederum zu 100 % im Besitz der Continentale Krankenversicherung a.G. befindet.

Die wesentlichen Geschäftsbereiche der Gesellschaft sind Feuer- und andere Sachversicherungen, See-, Luftfahrt- und Transportversicherung, Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung, Sonstige Kraftfahrtversicherung sowie Allgemeine Haftpflichtversicherung. Wesentliche Änderungen der Geschäftstätigkeit ergaben sich im Berichtsjahr nicht.

Im Berichtsjahr erwirtschaftete die Gesellschaft ein versicherungstechnisches Ergebnis in Höhe von 5.063 Tsd. Euro.

Das Governance-System der Gesellschaft wurde bereits in der Vorbereitungsphase auf Solvency II um die vorgeschriebenen Schlüsselfunktionen ergänzt – und zwar durch die Weiterentwicklung des zentralen Risikomanagements zur Risikomanagementfunktion, des Compliance-Verantwortlichen zur Compliance-Funktion und der Revision hin zur Funktion der Internen Revision sowie die Schaffung der Versicherungsmathematischen Funktion. Das Governance-System wurde im Berichtsjahr kontinuierlich ausgebaut; wesentliche Änderungen ergaben sich dabei nicht.

Das Governance-System der Gesellschaft ist hinsichtlich der gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Anforderungen sowie hinsichtlich des Risikoprofils der Gesellschaft angemessen und wirksam.

Die wesentlichen Risiken der Gesellschaft sind das versicherungstechnische Risiko, das Marktrisiko und das Kreditrisiko, das vom Spreadrisiko dominiert wird. Ein versicherungstechnisches Risiko besteht in der Möglichkeit, dass sich die Preisfestlegung oder die Bemessung der Rückstellungen im Nachhinein als unangemessen herausstellen. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft durch eine vorsichtige Produktgestaltung und -kalkulation. Marktrisiken bestehen in der Möglichkeit von Schwankungen der Marktpreise für Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Dem wird durch eine vorsichtige Anlagepolitik entgegengewirkt. Das Spreadrisiko als Teil des Kreditrisikos bezeichnet die Sensitivität des Wertes von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder Volatilität der Kreditspreads gegenüber der risikofreien Zinskurve. Zur Risikominderung sind für die Kapitalanlage Mindestanforderungen an die Bonitätseinstufung festgelegt, deren Einhaltung fortlaufend überwacht wird.

Die beherrschenden Positionen der handelsrechtlichen Bilanz und der Solvabilitätsübersicht sind auf der Aktivseite die Kapitalanlagen und auf der Passivseite die versicherungstechnischen Rückstellungen.

Der Wert der Kapitalanlagen beträgt zum Stichtag unter Solvency II insgesamt 463.372 Tsd. Euro. Aufgrund der Berücksichtigung der stillen Bewertungsreserven übersteigt der Solvency-II-Wert den nach Handelsgesetzbuch (HGB) zu ermittelnden Wert um 27.731 Tsd. Euro.

Die Versicherungstechnischen Rückstellungen betragen zum Stichtag unter Solvency II insgesamt 324.242 Tsd. Euro. Der im Vergleich zum handelsrechtlichen Wert um 169.386 Tsd. Euro niedrigere Solvency-II-Wert resultiert im Wesentlichen aus der Verwendung bester Schätzwerte, einer zusätzlichen Risikomarge und marktkonsistenter Annahmen.

Die Solvenzkapitalquote (SCR-Quote) der Gesellschaft beträgt 147,1 %. Die Gesellschaft ist somit deutlich überdeckt.

A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1 Geschäftstätigkeit

Die Mannheimer Versicherung AG ist eine Gesellschaft des Continentale Versicherungsverbundes. Der Continentale Versicherungsverbund bietet ein breites Spektrum an Kranken-, Lebens- und Schaden-/Unfallversicherungen an. Dabei ist er kein Konzern im üblichen Sinne, denn er versteht sich als ein „Versicherungsverbund auf Gegenseitigkeit“. Es fußt auf der Rechtsform der Obergesellschaft: An der Spitze des Verbundes steht die Continentale Krankenversicherung a.G., ein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit. Da ein Versicherungsverein seinen Mitgliedern, den Versicherten, gehört, orientiert sich sein Handeln in erster Linie an den Interessen der Versicherungsnehmer. Dies gilt für alle Gesellschaften des Continentale Versicherungsverbundes.

Neben der Gesellschaft gehören die nachfolgend dargestellten Versicherungsgesellschaften – jeweils mit Sitz in Deutschland – dem Continentale Versicherungsverbund an:

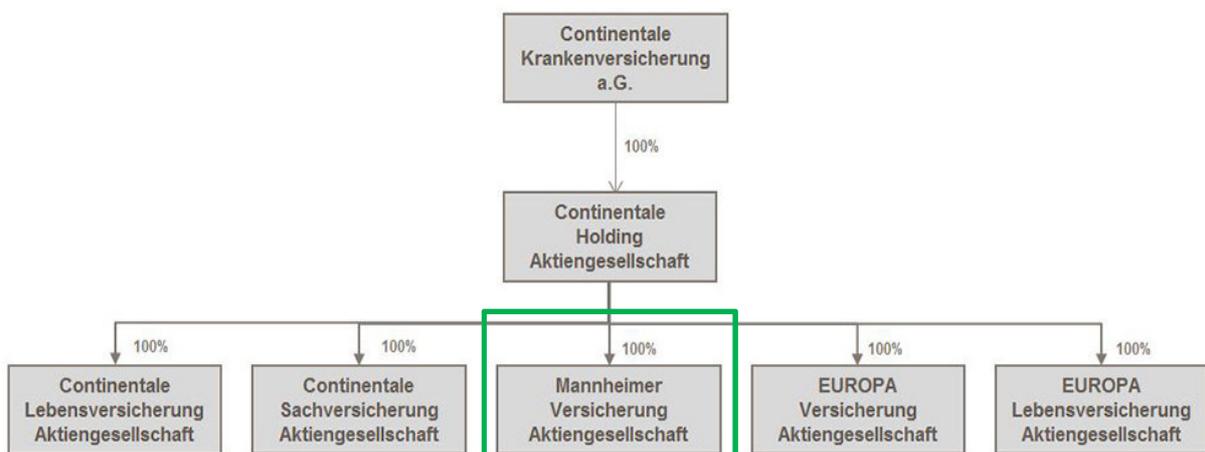


Abbildung 1: Konzernstruktur

Im Geschäftsjahr ergaben sich Änderungen in der Konzernstruktur. Durch die Übertragung der Aktien der Continentale Lebensversicherung AG auf die Continentale Holding AG ergibt sich nun eine einheitliche Konzernstruktur: Alle Versicherungsaktiengesellschaften des Continentale Versicherungsverbundes sind Tochtergesellschaften der Continentale Holding AG, die wiederum Tochter der Continentale Krankenversicherung a.G. ist (beide mit Sitz in der Ruhrallee 92, 44139 Dortmund).

Die MV Augustaanlage GmbH & Co. KG und die IMD Gesellschaft für Informatik und Datenverarbeitung mbH sind weitere wichtige verbundene Unternehmen der Gesellschaft. Der Anteilsbesitz an der MV Augustaanlage GmbH & Co. KG teilt sich auf die Continentale Krankenversicherung a.G. (84,9 %), die Continentale Holding AG (10 %) und die Continentale Beteiligungs GmbH & Co. KG (5,1 %) auf. Die IMD Gesellschaft für Informatik und Datenverarbeitung mbH ist eine 100-prozentige Tochter der Continentale Holding AG.

Die Gesellschaft hält 100 % der Anteile an der Carl C. Peiner GmbH, an der verscon GmbH Versicherungs- und Finanzmakler sowie an der GGM Gesellschaft für Garantie-Management mbH. Weiterhin ist sie indirekt über die Carl C. Peiner GmbH Eigentümer der GSM Gesellschaft für Service-Management mbH und der Wehring & Wolfes GmbH.

In der nachfolgenden Übersicht sind die Namen und Kontaktdaten der für die Finanzaufsicht über die Gesellschaft zuständigen Aufsichtsbehörde und des Wirtschaftsprüfers dargestellt.

Name und Kontaktdaten der für die Finanzaufsicht über die Gesellschaft zuständigen Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn

Postfach 1253
53002 Bonn

Fon: 0228 4108-0
Fax: 0228 4108 1550

E-Mail: poststelle@bafin.de
De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de

Name und Kontaktdaten des Wirtschaftsprüfers

KPMG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Barbarossaplatz 1a, 50674 Köln, Deutschland

Tabelle 1: Namen und Kontaktdaten der zuständigen Aufsichtsbehörde und des Wirtschaftsprüfers

Im Geschäftsjahr wurden von der Gesellschaft die folgenden Geschäftsbereiche unter Solvency II betrieben:

- Berufsunfähigkeitsversicherung (Unfallversicherung)
- Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung
- Sonstige Kraftfahrtversicherung
- See-, Luftfahrt- und Transportversicherung
- Feuer- und andere Sachversicherungen
- Allgemeine Haftpflichtversicherung

- Verschiedene finanzielle Verluste
- Nichtproportionale Unfallrückversicherung
- Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung
- Nichtproportionale Sachrückversicherung
- Versicherung mit Überschussbeteiligung
- Lebensrückversicherung

Direktes und in proportionaler Rückdeckung übernommenes Geschäft aus den Versicherungszweigen Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung, Sonstige Kraftfahrtversicherung, Feuer- und Sachversicherung, Allgemeine Haftpflichtversicherung sowie Transport- und Luftfahrtversicherung werden unter Solvency II den gleichlautenden Geschäftsbereichen zugeordnet. Direktes und in proportionale Rückdeckung übernommenes Geschäft aus dem Versicherungszweig Sonstige Versicherungen wird dem Geschäftsbereich Verschiedene finanzielle Verluste zugeordnet.

Bezüglich des in Nichtproportionale Rückdeckung übernommenes Geschäft ergeben sich folgende Zuordnungen: Nichtproportionales indirektes Geschäft aus den Versicherungszweigen Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung sowie Allgemeine Haftpflicht wird dem Geschäftsbereich Nichtproportionale Unfallrückversicherung zugeordnet. Nichtproportionales indirektes Geschäft aus den Versicherungszweigen Transport- und Luftfahrtversicherung wird dem Geschäftsbereich Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung zugeordnet. Nichtproportionales indirektes Geschäft aus den Versicherungszweigen Sonstige Kraftfahrtversicherung, Feuer- und Sachversicherung sowie Sonstige Versicherungen wird dem Geschäftsbereich Nichtproportionale Sachrückversicherung zugeordnet.

Der Geschäftszweig Unfall- und Krankenversicherung wird zur Unfallversicherung mit Prämienrückgewähr in die Lebensversicherungskomponenten sowie Nicht-Lebensversicherungskomponenten entbündelt, sodass er den Geschäftsbereichen Versicherung mit Überschussbeteiligung beziehungsweise Berufsunfähigkeitsversicherung (Unfallversicherung) zugeordnet wird. Die der Einzel- und Kollektivversicherung mit Überschussbeteiligung zugeordneten Versicherungszweige wurden von der Gesellschaft im Geschäftsjahr nur als aktive Rückversicherung betrieben und daher unter Solvency II grundsätzlich dem Geschäftsbereich Lebensrückversicherung zugeordnet.

Die Gesellschaft konzentriert sich auf den deutschen Markt, bietet ausgewählte Markenprodukte aber auch in anderen EU-Ländern im Dienstleistungsverkehr und in der Schweiz an.

Durch das Inkrafttreten von Solvency II am 1. Januar 2016 hat sich der administrative Aufwand der Gesellschaft durch neue aufsichtsrechtliche Anforderungen deutlich erhöht.

A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis

Die Gesellschaft betreibt ihr Geschäft nahezu ausschließlich in Deutschland (circa 98 %); ca. 2 % entfallen auf das Geschäft in der Schweiz. Es wurde in geringem Umfang aktive Rückversicherung betrieben.

Die nachfolgende Tabelle liefert eine Übersicht über die Prämien und Aufwendungen auf aggregierter Ebene sowie, soweit möglich und sinnvoll, aufgeschlüsselt nach wesentlichen Geschäftsbereichen.

Prämien und Aufwendungen aufgeschlüsselt nach wesentlichen Geschäftsbereichen							
<i>Nettoangaben, in Tsd. €</i>	Kraftfahrzeug- haftpflichtversicherung	Sonstige Kraftfahrt- versicherung	See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	Feuer- und andere Sachversicherungen	Allgemeine Haftpflicht- versicherung	Rest	Gesamt
Gebuchte Prämie	27.146	20.646	33.709	102.565	18.749	33.226	236.041
Verdiente Prämie	27.128	20.606	33.726	102.117	18.498	33.136	235.211
Aufwendungen für Versicherungsfälle	18.484	13.289	12.433	42.156	2.519	18.509	107.390
Veränderung sonstiger versicherungs- technischer Rückstellungen	-26	-36	103	284	-21	1.675	-1.979
Angefallene Aufwendungen	14.572	11.942	17.734	48.632	8.680	14.582	116.142
Sonstige Aufwendungen							5.352

Tabelle 2: Prämien und Aufwendungen aufgeschlüsselt nach wesentlichen Geschäftsbereichen

In den Angefallenen Aufwendungen sind Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen in Höhe von 447 Tsd. Euro enthalten, die nicht dem Versicherungstechnischen Ergebnis zuzurechnen sind.

Darüber hinaus sind über – alle Geschäftsbereiche – verteilt Sonstige Aufwendungen in Höhe von 5.352 Tsd. Euro angefallen. Diese beinhalten die Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen in Höhe von 2.850 Tsd. Euro sowie sonstige versicherungstechnische Aufwendungen in Höhe von 2.502 Tsd. Euro.

Unter Berücksichtigung des technischen Zinsertrages in Höhe 1.548 Tsd. Euro von sowie der sonstigen versicherungstechnischen Erträge in Höhe von 16 Tsd. Euro und der Zuführung zur Schwankungsrückstellungen und ähnlicher Rückstellungen in Höhe von 5.254 Tsd. Euro ergibt sich in Summe ein versicherungstechnisches Ergebnis in Höhe von 5.063 Tsd. Euro.

A.3 Anlageergebnis

Die nachfolgende Tabelle liefert eine Übersicht über die Erträge aus und Aufwendungen für Anlagegeschäfte, aufgeschlüsselt nach Vermögenswertklassen nach Solvency II.

Übersicht über Erträge aus und Aufwendungen für Anlagegeschäfte			
<i>in Tsd. €</i>	Erträge	Aufwendungen	Ergebnis
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	14.435	147	14.288
<i>Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen</i>	2.344	0	2.344
<i>Aktien – nicht notiert</i>	0	0	0
<i>Staatsanleihen</i>	1.325	107	1.218
<i>Unternehmensanleihen</i>	8.435	2	8.433
<i>Organismen für gemeinsame Anlagen</i>	2.331	38	2.293
Darlehen und Hypotheken	98	37	61
<i>Policendarlehen</i>	8	0	8
<i>Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen</i>	90	37	53

Tabelle 3: Laufende Erträge aus und laufende Aufwendungen für Anlagegeschäfte

Erläuterungen zu den jeweiligen Vermögenswertklassen nach Solvency II sind in Kapitel D.1 hinterlegt.

Das Kapitalanlageergebnis, das sich aus dem kumulierten Ergebnis der Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge) und Darlehen und Hypotheken ergibt, beträgt 14.349 Tsd. Euro. Diesem stehen Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen in Höhe von 447 Tsd. Euro gegenüber, die sich nicht nach Vermögenswertklassen aufschlüsseln lassen.

Die Nettoverzinsung, die das gesamte Kapitalanlageergebnis, in dem zusätzlich zu den in obiger Tabelle dargestellten Posten noch die Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen enthalten sind, auf den mittleren Kapitalanlagebestand bezieht, beträgt 3,3 %. Der Dreijahresdurchschnitt der Nettoverzinsung beträgt 3,5 %.

Die Gesellschaft hält keine Anlagen in Verbriefungen.

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

Bei der Gesellschaft sind im Berichtsjahr sonstige Erträge in Höhe von 21.657 Tsd. Euro sowie sonstige Aufwendungen in Höhe von 18.170 Tsd. Euro angefallen.

Im Wesentlichen sind diese auf Dienstleistungen zurückzuführen, die die Gesellschaft für andere Gesellschaften des Continentale Versicherungsverbundes erbringt sowie auf Provisionserträge beziehungsweise -aufwendungen, die durch die Vermittlung und Betreuung von Versicherungsverträgen entstehen. Hierbei handelt es sich überwiegend um

Versicherungsprodukte aus dem Portfolio des Continentale Versicherungsverbundes und der Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft AG.

A.5 Sonstige Angaben

Es gibt keine weiteren wesentlichen Informationen zur Geschäftstätigkeit und zum Geschäftsergebnis der Gesellschaft.

B. Governance-System

B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

Als Governance-System wird das umfassende Organisations-, Regelungs- und Steuerungssystem bezeichnet, das die ordnungsgemäße Unternehmensleitung gewährleistet. Das Gesamtsystem besteht aus einer Vielzahl von Elementen und Prozessen, die sich gegenseitig unterstützen und ergänzen. Durch die Verzahnung über effektive Informations-, Kommunikations- und Entscheidungswege wird die Wirksamkeit des Governance-Systems sichergestellt. Die Gesellschaft verfügt über eine angemessene und transparente Organisationsstruktur mit klarer Zuweisung der Zuständigkeiten sowie über ein wirksames Berichtswesen. Das Governance-System wurde im Berichtsjahr kontinuierlich ausgebaut; wesentliche Änderungen ergaben sich dabei nicht.

Der Vorstand ist die oberste Entscheidungs- und Steuerungsinstanz im Governance-System. Ihm obliegt die Gesamtverantwortung für die Implementierung und Weiterentwicklung eines funktionierenden Governance-Systems (insbesondere Risikomanagementsystem, Internes Kontrollsystem) unter Beachtung gesetzlicher Vorgaben.

Der Vorstand gibt die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie vor und beschließt die internen Richtlinien zur Umsetzung der Strategien. Zudem übernimmt er die Verantwortung für die Melde- und Berichtsprozesse an den Aufsichtsrat, die Aufsicht und die Öffentlichkeit. Der Vorstand sichert die Unabhängigkeit und die Funktionsfähigkeit aller Schlüsselfunktionen. Die verbundweite Koordination wird durch gemeinsame Sitzungen der Vorstände aller Versicherungsgesellschaften des Verbundes sichergestellt.

Darüber hinaus hat der Vorstand den Koordinierungskreis Risikomanagement und Governance als übergreifende Informations- und Diskussionsplattform für Sachverhalte, die einen wesentlichen Einfluss auf das Risikomanagement, das Governance-System und das Interne Kontrollsystem haben, installiert.

Der Vorstand der Gesellschaft setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

- Dr. Christoph Helmich, Vorsitzender
 - Recht, Compliance und Revision
- Dr. Gerhard Schmitz, stellv. Vorsitzender
 - Finanzen und Personal
- Stefan Andersch
 - Produktmanagement und Versicherungstechnik

- Dr. Marcus Kremer
 - bis 31. Dezember 2016
- Alf N. Schlegel
 - Risikomanagement und Informatik
- Jürgen Wörner
 - Vertrieb und Marketing

Dem Aufsichtsrat obliegt die Bestellung des Vorstandes, die Überprüfung der Einhaltung der Kriterien für die fachliche Eignung und persönliche Zuverlässigkeit des Vorstandes sowie die Überwachung der Geschäftsführung durch den Vorstand. Der Aufsichtsrat setzt die Vorstandsvergütung fest und beschließt die Geschäftsordnung sowie den Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand.

Weitere wesentliche Aufgaben des Aufsichtsrates sind die Überwachung der Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems, des Risikomanagementsystems, des internen Revisionssystems und des Compliance-Systems sowie die Erteilung der Prüfungsaufträge an den Abschlussprüfer, die Würdigung der Wirtschaftsprüfer-Berichte und die Feststellung des HGB-Jahresabschlusses. Außerdem berät der Aufsichtsrat den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens, unter anderem in strategischen Fragen.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

- Dipl.-Math. Rolf Bauer, Vorstandsvorsitzender i.R., Vorsitzender
- Lutz Duvernell, Rechtsanwalt, stellv. Vorsitzender
- Diana Bartoscheck, Versicherungsangestellte, ab 6. Juli.2016, (Arbeitnehmersvertreter)
- Erika Faber-Becker, Versicherungsangestellte, ab 6. Juli 2016, (Arbeitnehmersvertreter)
- Prof. Dr. Gerd Geib, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
- Dr. Ulrich Heidel, Vorstandsmitglied i. R.
- Roland Keuerleber, Versicherungsangestellter, ab 6. Juli 2016, (Arbeitnehmersvertreter)
- Helga Riedel, stellv. Verbandsdirektorin i. R., ab 6. Juli 2016
- Dr. Franz Scherer, Vorsitzender der Geschäftsführung i. R., bis 6. Juli 2016
- Dipl.-Math. Heinz Jürgen Scholz, Vorstandsmitglied i. R.

Der Aufsichtsrat hat einen Vertragsausschuss sowie einen Prüfungsausschuss zur Vorbereitung von Beschlüssen des Aufsichtsrates gebildet.

Zu den Aufgaben des Vertragsausschusses gehören die Vorbereitung der Bestellung von Vorstandsmitgliedern, die Gestaltung von Vorstandsverträgen und des Vergütungssystems für den Vorstand, die Zustimmung zu Nebentätigkeiten von Vorstandsmitgliedern sowie die Vorbereitung von Wahlvorschlägen für den Aufsichtsrat an die Hauptversammlung.

Zu den Aufgaben des Prüfungsausschusses gehören die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems, des Risikomanagementsystems, des internen Revisionssystems, des Compliance-Systems, der Abschlussprüfung sowie zukünftiger Nichtprüfungsleistungen des Wirtschaftsprüfers. Der

Prüfungsausschuss befasst sich zudem mit der Solvabilitätsübersicht, dem Bericht über das Own Risk and Solvency Assessment (ORSA-Bericht) und dem SFCR.

Für übergreifende Aufgaben innerhalb des Governance-Systems sind als Schlüsselfunktionen identifiziert und eingerichtet: die Risikomanagementfunktion im Ressort Schlegel (siehe B.3), die Compliance-Funktion im Ressort Dr. Helmich (siehe B.4), die Interne Revision im Ressort Dr. Helmich (siehe B.5) und die Versicherungsmathematische Funktion im Ressort Andersch (siehe B.6). Alle Schlüsselfunktionen sind personell angemessen ausgestattet.

Die Schlüsselfunktionen sind organisatorisch klar voneinander getrennt und stehen gleichrangig nebeneinander, ohne untereinander weisungsbefugt zu sein. Sie sind derart eingerichtet, dass sie jederzeit frei von Einflüssen sind, die eine objektive, faire und unabhängige Aufgabenerfüllung verhindern. Sie verfügen über uneingeschränkten Zugang zu den für die Erfüllung ihrer Aufgabe relevanten Informationen. Über einen laufenden Informationsaustausch sowie über einen regelmäßigen Austausch im Koordinierungskreis Risikomanagement und Governance wird die zeitnahe Information über relevante Sachverhalte sichergestellt.

Die Schlüsselfunktionen berichten regelmäßig und erforderlichenfalls ad hoc an den Vorstand. Grundsätze, Aufgaben und Berichtspflichten der Schlüsselfunktionen sind jeweils in einer internen Richtlinie geregelt.

Übergreifendes Ziel der Risikomanagementfunktion ist die Förderung der Risikokultur. Sie entwickelt beziehungsweise unterstützt die Fachbereiche bei der Entwicklung einer dem Risikoprofil angemessenen Aufbau- und Ablauforganisation. Sie koordiniert und führt den ORSA-Prozess durch und koordiniert die Erfüllung der Berichterstattungspflichten unter Solvency II. Die organisatorische Ausgestaltung sowie eine ausführliche Aufgabenbeschreibung der Risikomanagementfunktion sind in Kapitel B.3 dargestellt.

Die Compliance-Funktion berät den Vorstand in Bezug auf rechtliche Entwicklungen, gesetzliche Anforderungen und hinsichtlich aller Maßnahmen, die für die Erfüllung von Compliance erforderlich sind. Hierzu behält sie das Rechtsumfeld im Blick (Rechtsmonitoring) und führt frühzeitig eine Analyse von möglichen Auswirkungen von Änderungen des Rechtsumfeldes durch. Darüber hinaus überwacht die Compliance-Funktion, ob die Einhaltung der externen Anforderungen durch angemessene und wirksame interne Verfahren sichergestellt wird. Die organisatorische Ausgestaltung sowie eine ausführliche Aufgabenbeschreibung der Compliance-Funktion sind in Kapitel B.4 dargestellt.

Die Interne Revision prüft objektiv und unabhängig von anderen operativen Tätigkeiten die gesamte Geschäftsorganisation und insbesondere das Interne Kontrollsystem auf deren Angemessenheit und Wirksamkeit. Die organisatorische Ausgestaltung sowie eine ausführliche Aufgabenbeschreibung der Internen Revision sind in Kapitel B.5 dargestellt.

Die Versicherungsmathematische Funktion stellt im Sinne einer unabhängigen Validierung die Verlässlichkeit und Qualität der versicherungsmathematischen Rückstellungsbewertung für Solvency II einschließlich der verwendeten Daten und Verfahren sicher und berichtet darüber an die Geschäftsleitung. Darüber hinaus nimmt sie eine Beurteilung der Zeichnungspolitik und des Rückversicherungsprogramms der Gesellschaft vor. Die

organisatorische Ausgestaltung sowie eine ausführliche Aufgabenbeschreibung der Versicherungsmathematischen Funktion sind in Kapitel B.6 dargestellt.

Das Vergütungssystem der Gesellschaft basiert im Wesentlichen auf Festvergütungen. Aufgrund des Verständnisses der Festvergütung als transparenter und verlässlicher Gegenwert für die erbrachte Leistung hat diese aus Sicht der Gesellschaft einen deutlich höheren motivatorischen Stellenwert als umfangreiche variable Vergütungsbestandteile. Die Höhe der variablen Vergütung und ihr Anteil an der Gesamtvergütung erfordern keine gestreckte Auszahlung nach Artikel 275 der Delegierten Verordnung.

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten eine Festvergütung, in Abhängigkeit von ihrer jeweiligen Funktion. Außerdem erhalten die Mitglieder Sitzungsgelder beziehungsweise Tagegelder.

Bei der Vergütung der Vorstandsmitglieder wird darauf geachtet, dass diese in einem angemessenen Verhältnis zu den Aufgaben und zu den Leistungen des Vorstandsmitglieds sowie zur Lage der Gesellschaft steht und sich die Gesamtvergütung in einem üblichen Rahmen bewegt. Die Vorstandsmitglieder erhalten im Wesentlichen eine Festvergütung und marktkonforme Nebenleistungen. Der Aufsichtsrat behält sich vor, einem Vorstandsmitglied für anlassbezogene, besonders herausragende Leistungen, die einen zukunftsbezogenen Nutzen für die Gesellschaft bringen, eine Erfolgsvergütung durch Einmalzahlung zu gewähren.

Ein Vorstandsmitglied hat grundsätzlich Anspruch auf ein Ruhegehalt ab Vollendung des 63. Lebensjahres, sofern das Dienstverhältnis als Folge eines vertraglich definierten Versorgungsfalles endet. Das Ruhegehalt entspricht einem bestimmten Prozentsatz der zuletzt gezahlten Vergütung in Abhängigkeit von der Dauer der Vorstandstätigkeit.

Für Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder gilt, dass keine individuellen oder kollektiven Erfolgskriterien an Aktienoptionen, Aktien und/oder variable Vergütungsbestandteile geknüpft sind.

Die für eine Schlüsselfunktion verantwortlichen Personen werden im Sinne der Vergütung als Mitarbeiter aufgefasst, sofern sie kein Vorstandsmitglied sind.

Grundlage für die Vergütung der Mitarbeiter ist der Tarifvertrag für die private Versicherungswirtschaft.

Neben den Festbezügen können an Mitarbeiter bei individuell besonderen Leistungen Einmalzahlungen gezahlt werden. Darüber hinaus ist im Innendienst für die leitenden und die übertariflich bezahlten Angestellten eine leistungsorientierte Vergütung vorgesehen, die einen Ausgleich für den nicht dynamischen Gehaltsanteil bei Tariflohnerhöhungen darstellt.

Auf der Grundlage des Geschäftsergebnisses des Vorjahres können Aufsichtsrat und Vorstand beschließen, an die Mitarbeiter des Innendienstes eine Erfolgsbeteiligung zu zahlen.

An die Mitarbeiter im angestellten Außendienst und an deren Führungskräfte sowie an die Leiter der Kompetenzcenter werden Geschäftsplanvergütungen als variable Vergütungsbestandteile gezahlt. Grundlage hierfür sind die durch den Vorstand festzulegenden Geschäftspläne. Bei der Gestaltung der Geschäftspläne wird in besonderer Weise auf den Einklang mit der Geschäfts- und Risikostrategie geachtet.

Für die Mitarbeiter stellt die arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung eine besondere Vorsorgeleistung dar. Hierbei wird eine Rentenversicherung abgeschlossen, in die der Arbeitgeber einen prozentualen Anteil des Jahresgehaltes einzahlt.

Zwischen der Gesellschaft und einzelnen Mitarbeitern kann über die tarifvertraglichen Regelungen hinaus eine Altersteilzeitvereinbarung geschlossen werden.

Das Vergütungssystem ist insgesamt so ausgerichtet, dass keine Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken gesetzt werden.

Es gab im Berichtsjahr keine wesentlichen Transaktionen mit Anteilseignern, mit Personen, die maßgeblichen Einfluss auf die Gesellschaft ausüben, oder mit Mitgliedern des Aufsichtsrates oder des Vorstandes.

Alle Elemente des Governance-Systems werden von der Gesellschaft laufend hinsichtlich ihrer Angemessenheit in Bezug auf gesetzliche, aufsichtsrechtliche und betriebliche Anforderungen beurteilt. Die unterjährige und jährliche Berichterstattung der jeweils Verantwortlichen, insbesondere der Verantwortlichen Personen der Schlüsselfunktionen, haben keine Hinweise auf mangelnde Angemessenheit des Governance-Systems ergeben.

B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

Die aus Sicht der Gesellschaft relevanten Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit sowie die Verfahren zur Beurteilung der Angemessenheit der fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit sind in einer internen Richtlinie festgelegt.

Jedes Aufsichtsratsmitglied muss über angemessene Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen im Bereich der Kompositversicherung verfügen, um die Geschäftsführung durch den Vorstand überwachen und die Entwicklung der Gesellschaft aktiv begleiten zu können. Damit der Aufsichtsrat seine Kontrollfunktion vollständig wahrnehmen kann, achtet er darauf, dass seine Mitglieder insgesamt über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen in allen relevanten Bereichen verfügen.

Eine auf den Vorstand bezogene fachliche Eignung setzt in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse im Bereich der Kompositversicherung, in den Unternehmensgeschäften sowie Leitungserfahrung voraus. Die Mindestanforderungen an angemessene Kenntnisse und Erfahrungen umfassen folgende Bereiche: Versicherungs- und Finanzmärkte, Geschäftsstrategie und Geschäftsmodell, Governance-System, Finanzanalyse und versicherungsmathematische Analyse sowie regulatorischer Rahmen. Jedes Mitglied des Vorstands verfügt über angemessene Kenntnisse aller Vorstandsressorts.

Bei den für die Schlüsselfunktionen verantwortlichen Personen wird der erfolgreiche Abschluss eines (Fach-) Hochschulstudiums oder eine vergleichbare berufliche Qualifikation in der entsprechenden Grundausrichtung der Schlüsselfunktion vorausgesetzt. Darüber hinaus ist nachgewiesene fachspezifische berufliche Erfahrung erforderlich. Außerdem

werden für alle Schlüsselfunktionen grundlegende Kenntnisse des Versicherungsgeschäftes in den vom Continentale Versicherungsverbund betriebenen Sparten erwartet. Ferner sollen die für Schlüsselfunktionen verantwortlichen Personen – bezogen auf ihren Zuständigkeitsbereich – einen Überblick über die allgemeinen Entwicklungen in der Branche haben und erkennen, welche darüber hinausgehenden Entwicklungen im gesellschaftlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Bereich Einfluss auf ihre Aufgabe haben.

Bei der erstmaligen Auswahl von Anteilseignervertretern für den Aufsichtsrat, Vorstandsmitgliedern sowie von für Schlüsselfunktionen verantwortlichen Personen werden die Anforderungen an die fachliche Qualifikation abgeglichen durch eine Analyse der vorgelegten Unterlagen. Zu den vorgelegten Unterlagen gehört für alle vorgenannten Personengruppen ein vollständiger und unterschriebener Lebenslauf. Bei Vorstandsmitgliedern und für Schlüsselfunktionen verantwortlichen Personen werden darüber hinaus die Zeugnisse über die bisherigen Tätigkeiten angefordert. Zudem werden vertiefende Auswahlgespräche zur fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit mit den Mitgliedern des Vertragsausschusses (bei Aufsichtsrats- und Vorstandsmitgliedern) beziehungsweise mit dem künftigen Vorgesetzten (bei einer für eine Schlüsselfunktion verantwortlichen Person) geführt.

Die fortlaufende Beurteilung der fachlichen Qualifikation der Aufsichtsratsmitglieder findet vor allem im Rahmen der Gremiumsarbeit durch die immanente Selbstevaluation statt.

Es erfolgt ein regelmäßiger Austausch im laufenden Mandatsverhältnis zwischen Aufsichtsrat und Vorstand, der auch einen immanenten Abgleich zwischen den Anforderungen an die fachliche Qualifikation des Vorstands und der aktuellen Qualifikation beinhaltet.

Bei Mitgliedern des Aufsichtsrates und des Vorstandes ist ihre jeweilige fachliche Qualifikation zudem ein Aspekt, der in ihre Entlastung für das abgelaufene und für die Bestellung für das neue Geschäftsjahr einfließt.

Bei den für eine Schlüsselfunktion verantwortlichen Personen findet im laufenden Arbeitsverhältnis in regelmäßigen Mitarbeitergesprächen ein Abgleich zwischen den Anforderungen an die fachlichen Qualifikationen der für eine Schlüsselfunktion verantwortlichen Person und der aktuellen Qualifikation statt. Die abschließende Beurteilung der fachlichen Qualifikation obliegt dem Vorstand, der im Bedarfsfall auch notwendige Qualifizierungsmaßnahmen anordnet, wenn die aktuelle Qualifikation den Anforderungen nicht mehr entspricht.

Eine Erfüllung der Anforderungen an die persönliche Zuverlässigkeit wird allen Gremienmitgliedern und Mitarbeitern unterstellt, wenn keine Tatsachen erkennbar sind, die Unzuverlässigkeit vermuten lassen. Unzuverlässigkeit ist anzunehmen, wenn persönliche Umstände nach der allgemeinen Lebenserfahrung die Annahme rechtfertigen, dass diese die sorgfältige und ordnungsgemäße Wahrnehmung der Aufgaben beeinträchtigen können.

Die Beurteilung der persönlichen Zuverlässigkeit erfolgt für alle Gremienmitglieder und Mitarbeiter im Rahmen der in Deutschland zugelassenen Möglichkeit zur Erhebung geeigneter Daten. Hierzu gehören Selbstauskünfte zur finanziellen Situation sowie zu Vorstrafen und zu anhängigen Ermittlungs- oder Strafverfahren.

Gleichermaßen erfolgt auf diesem Weg die Offenlegung und Erörterung paralleler weiterer Tätigkeiten oder Geschäftsbeziehungen, die zu Interessenkonflikten führen können oder den Anschein von Interessenkonflikten im Hinblick auf das auszuübende Mandat beziehungsweise auf die auszuübende Funktion erwecken.

Die Sichtung der vorgelegten Informationen wird ergänzt durch ein umfassendes persönliches Gespräch, in dem die Bewertung der Unterlagen im zulässigen Rahmen weiter verifiziert wird. Darüber hinaus wird im Rahmen der Anzeige der Bestellung bei der BaFin die Vorlage eines Führungszeugnisses und eines Auszuges aus dem Gewerbezentralregister oder vergleichbarer Unterlagen verlangt.

Anlässe für die Neubeurteilung der fachlichen Qualifikation und der persönlichen Zuverlässigkeit aller Personengruppen ergeben sich, wenn Gründe für die Annahme bestehen, dass das solide und vorsichtige Management der Gesellschaft gefährdet ist.

Darüber hinaus kann das Bekanntwerden von Vorkommnissen innerhalb oder außerhalb der Gesellschaft, die die persönliche Integrität und Loyalität gegenüber der Gesellschaft in Frage stellen, eine erneute Beurteilung der persönlichen Zuverlässigkeit auslösen. Dies können Verstöße gegen interne Richtlinien oder Regelungen sein, aber auch außerbetriebliche Vorkommnisse, die die Reputation der Gesellschaft beschädigen können.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Übergreifendes Ziel des Risikomanagements ist es, die Finanz- und Ertragskraft der Gesellschaft nachhaltig zu sichern und weiter zu stärken. Das Risikomanagementsystem, das die Erreichung dieses Ziels sicherstellt, ist dem Risikoprofil der Gesellschaft entsprechend angemessen ausgestaltet. Die etablierten Strukturen sowie der Risikomanagementprozess dienen der Risikoidentifikation und -bewertung, der Ermittlung der Risikotragfähigkeit, der Risikolimitierung, der Risikosteuerung und -überwachung sowie der Risikoberichterstattung. Strukturen und Prozesse des Risikomanagementsystems werden laufend mit den in der Branche etablierten Standards abgeglichen und entsprechend weiterentwickelt.

Der Vorstand ist die oberste Entscheidungs- und Steuerungsinstanz im Risikomanagementsystem. Ihm obliegt die Gesamtverantwortung für die Implementierung eines funktionierenden Risikomanagementsystems und dessen Weiterentwicklung sowie für die Festlegung wesentlicher risikopolitischer Vorgaben. Der Vorstand ist für die angemessene Berichterstattung an Aufsichtsrat und BaFin verantwortlich.

Die vom Vorstand verabschiedete Geschäftsstrategie stellt den Ausgangspunkt für die Ausgestaltung des Risikomanagementsystems dar. Sie dokumentiert die geschäftspolitische Ausrichtung und ermöglicht eine Ableitung der mittel- und kurzfristigen Ziele sowie der Planungen der Gesellschaft. Zudem stellt sie die strategischen Maßnahmen dar, mit denen diese Ziele erreicht werden sollen.

Die auf die Steuerung der Gesellschaft abgestimmte und vom Vorstand festgelegte Risikostrategie dient als Grundlage für ein effektives Risikomanagement. In ihr sind die risikopolitische Ausrichtung, die Rollen und Verantwortlichkeiten im Rahmen des

Risikomanagements, Vorgaben zur Risikotragfähigkeit sowie zum Limitsystem und Angaben zur Einschätzung von Wesentlichkeiten geregelt. Darüber hinaus systematisiert die Risikostrategie die Risiken der Gesellschaft.

Unter Berücksichtigung der verbundweiten risikopolitischen Grundsätze werden vom Vorstand Mindestbedeckungsquoten und Frühwarnschwellen für die aufsichtsrechtlich relevante Solvenzkapital-Quote festgelegt. Diese Schwellen werden jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst. Die Schwellen stellen die aus der Risikostrategie abgeleitete Risikotoleranz dar und legen die Auslöser für Analysen und gegebenenfalls für das Ergreifen von Maßnahmen zur Verbesserung der Solvenzsituation fest.

Das Risikomanagementsystem der Gesellschaft gliedert sich in seinem Aufbau in drei Verteidigungslinien.

Die erste Verteidigungslinie wird von den Risikoverantwortlichen, die in der Regel Führungskräfte erster Ebene sind, gebildet. Diese sind sowohl für die Identifikation von Risiken in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich als auch für die Bewertung, Steuerung, Überwachung und Meldung der ihnen zugeordneten Risiken verantwortlich. Sie können sich hierbei der operativen Unterstützung durch Spezialisten aus ihrem Verantwortungsbereich bedienen. Darüber hinaus sind alle Mitarbeiter verpflichtet, potentielle Risiken frühzeitig und zielgerichtet an den Risikoverantwortlichen zu kommunizieren.

Die zweite Verteidigungslinie bilden die Risikomanagementfunktion, die Compliance-Funktion sowie die Versicherungsmathematische Funktion.

Die Risikomanagementfunktion setzt sich aus der für die Schlüsselfunktion verantwortlichen Person sowie aus den Organisationseinheiten quantitatives und qualitatives Risikomanagement zusammen. Für die Risikomanagementfunktion verantwortliche Person ist der Vorstand Risikomanagement. Die Risikomanagementfunktion ist für die zentrale Koordination des Risikomanagementprozesses sowie für eine zentrale Risikoberichterstattung gegenüber dem Vorstand verantwortlich.

Darüber hinaus fallen die Entwicklung von Methoden und Prozessen zur Risikobewertung und -überwachung (sofern sie nicht von dezentralen Organisationseinheiten wahrgenommen werden) sowie die Steuerung und Koordination des ORSA-Prozesses in die Zuständigkeit der Risikomanagementfunktion.

Zur Sicherstellung einer einheitlichen Risikoidentifikation und -bewertung steuert die Risikomanagementfunktion den Risikoinventurprozess. Der Risikoinventurprozess ist Teil des ORSA-Prozesses und wird jährlich zum 31. Dezember vollständig durchgeführt. Dabei werden die Risiken anhand des verbundweiten Risikokataloges nach Risikokategorien systematisiert und erörtert. Die Ergebnisse werden durch vierteljährliche Änderungsabfragen aktuell gehalten und an den Vorstand zwecks Früherkennung von Risiken kommuniziert. Die Risikomanagementfunktion unterstützt die Risikoverantwortlichen bei der Identifizierung und Bewertung ihrer Risiken und prüft und verdichtet die durch die Risikoverantwortlichen bereitgestellten Informationen.

Um eine adäquate und zutreffende Einschätzung der aktuellen und zukünftigen Risikosituation zu erhalten, wird jährlich der ORSA-Prozess durchgeführt. Die Gesellschaft beurteilt dabei die jederzeitige Einhaltung der gesetzlichen Kapitalanforderungen und der

Anforderungen an die Versicherungstechnischen Rückstellungen sowie den gegenwärtigen und mittelfristigen Gesamtsolvabilitätsbedarf.

Der Gesamtsolvabilitätsbedarf spiegelt die Kapitalanforderung nach eigener Betrachtung wider. Bei der Berechnung liegt als Risikomaß in der Regel der einjährige Value at Risk (VaR) mit einem Konfidenzniveau von 99,5 % zugrunde. Das heißt, die Gesellschaft definiert den Gesamtsolvabilitätsbedarf auf Basis eines sogenannten 200-Jahres-Ereignisses. Hierfür werden zunächst die in der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Standardformel getroffenen Annahmen auf Angemessenheit überprüft und mit dem unternehmensindividuellen Risikoprofil abgeglichen. Darüber hinaus fließen die Risiken ein, welche durch die Standardformel nicht erfasst werden, aber dennoch einen Einfluss auf die Solvabilitätssituation haben können. Sofern man bei der Angemessenheitsprüfung der Standardformel zu dem Ergebnis kommt, dass ein Risiko nicht angemessen bewertet wird, werden entweder die in der Standardformel verwendeten Annahmen und Parameter auf die unternehmensindividuelle Situation angepasst oder es wird ein abweichendes Risikomodell verwendet oder es wird über die Risikoinventur auf eine Expertenschätzung zurückgegriffen. Abschließend ergibt sich hieraus gegebenenfalls ein von der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Kapitalanforderung abweichender Gesamtsolvabilitätsbedarf.

Die wesentlich am ORSA-Prozess beteiligten Unternehmensbereiche sind das Aktuariat, das Kapitalanlagen-Controlling, das Konzerncontrolling sowie das quantitative Risikomanagement. Die grundlegenden Festlegungen, also welche Stresstests, Sensitivitätsanalysen und Szenarioanalysen mit ihren Auswirkungen auf die Solvenzsituation für den ORSA-Prozess betrachtet werden, erfolgen durch den Vorstand.

Der ORSA-Prozess wird mit der Erstellung des ORSA-Berichts abgeschlossen, der sich an Vorstand und Aufsichtsbehörde richtet. Dem Vorstand obliegt die finale Freigabe des ORSA-Berichtes. Der Bericht hat das Ziel, die Entscheidungsträger umfassend über die Risikosituation der Gesellschaft zu informieren und insbesondere wichtige Hinweise für die Unternehmenssteuerung zu liefern.

Die Ergebnisse des ORSA werden bei wesentlichen Entscheidungen des Vorstands, zum Beispiel zu Produkteinführungen oder Veränderungen in der Kapitalanlagestruktur berücksichtigt und fließen insbesondere in das Kapitalmanagement mit ein, wo besonders die zukünftigen Betrachtungen der Solvenzsituation von Interesse sind.

Das Kapitalmanagement verfolgt den Anspruch, geeignete Prozesse und eine geeignete Infrastruktur vorzuhalten, um alternative Geschäftsentwicklungen inklusive Krisenszenarien abbilden zu können und damit die Grundlage für nachhaltige Managemententscheidungen und geeignete Notfallpläne zu schaffen. Um eine enge Kooperation zwischen Risikomanagement und Kapitalmanagement sicherzustellen, findet ein regelmäßiger Austausch über die aktuelle und zukünftige Kapital- beziehungsweise Risikosituation statt.

Die Compliance-Funktion, als Bestandteil der zweiten Verteidigungslinie, trägt auch zu einer wirksamen Umsetzung des Risikomanagements bei, indem sie die Aufgabe einer Beratungs-, Frühwarn-, Kontroll- und Überwachungsfunktion zur Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen und regulatorischen Anforderungen wahrnimmt. Sie meldet darüber hinaus Compliance-relevante Sachverhalte in einem jährlichen Turnus an den Vorstand und an den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates sowie gegebenenfalls ad hoc an den Vorstand.

Die Versicherungsmathematische Funktion trägt zu einer wirksamen Umsetzung des Risikomanagements bei, indem sie die bei der Berechnung der Versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß Solvency II verwendeten Methoden, Annahmen und Daten bewertet und dem Vorstand hierüber regelmäßig und gegebenenfalls ad hoc Bericht erstattet. Darüber hinaus nimmt sie eine Beurteilung der Zeichnungspolitik und des Rückversicherungsprogrammes der Gesellschaft vor.

Das Risikomanagement in der zweiten Verteidigungslinie ist neben einer unabhängigen und objektiven Tätigkeit einer jeden Schlüsselfunktion durch eine wechselseitige Unterrichtung der Risikomanagementfunktion, der Compliance-Funktion und der Versicherungsmathematischen Funktion geprägt.

Als dritte Verteidigungslinie trägt die Interne Revision durch eine risikoorientierte Prüfungsplanung sowie -durchführung zu einer wirksamen Umsetzung des Risikomanagements bei.

Die Effektivität des Risikomanagementsystems wird durch eine permanente und offene Kommunikation, unter anderem im Koordinierungskreis Risikomanagement und Governance, gefördert.

B.4 Internes Kontrollsystem

Das Interne Kontrollsystem der Gesellschaft umfasst die Gesamtheit aller internen Vorgaben, organisatorischen und technischen Maßnahmen sowie Kontrollen, die die folgenden Ziele sicherstellen:

- Schutz: Bewahrung des Vermögens durch die Minderung oder die Abwehr von Risiken, die durch bewusste oder unbewusste Schädigung von innen oder die bewusste Schädigung von außen entstehen
- Information: Angemessenheit, Vollständigkeit und Richtigkeit der internen sowie externen Berichte, insbesondere bezüglich der Finanzberichterstattung und der Berichte an Aufsichtsbehörden
- Leistung: Effektivität, Qualität und Effizienz der Geschäftstätigkeit

Die für das Interne Kontrollsystem vom Vorstand festgelegten Handlungsprinzipien sind fester Bestandteil der täglichen Arbeit der Organisationseinheiten. Die Ausrichtung des Internen Kontrollsystems erfolgt nach Art und Umfang des Geschäftes sowie nach Art, Ursache und Höhe des hiermit verbundenen Risikos (Proportionalitätsprinzip). Zudem wird sichergestellt, dass sämtliche Tätigkeiten und Entscheidungen mit hoher Risikorelevanz nicht von einer einzelnen Person durchgeführt oder getroffen werden (Vier-Augen-Prinzip) und dass mit Interessenkonflikten verbundene Tätigkeiten organisatorisch getrennt werden (Funktionstrennungsprinzip).

Zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Internen Kontrollsystems werden die Sicherungsmaßnahmen und Kontrollen regelmäßig überprüft und an die aktuelle Situation angepasst. Die aus Unternehmenssicht wesentlichen Elemente des Internen Kontrollsystems werden zusätzlich einem jährlichen Regelprozess unterworfen, der die systematische Beurteilung des Internen Kontrollsystems nach einem einheitlichen Verfahren sicherstellt. Die Einhaltung und Durchführung des Regelprozesses wird vom Koordinator des Internen

Kontrollsystems überwacht. Die über den Regelprozess gewonnenen Informationen werden im Bericht an den Vorstand über das Interne Kontrollsystem dargestellt. Die Schlüsselfunktionen erhalten diesen zur Kenntnis.

Parallel zum Internen Kontrollsystem dient die Compliance-Funktion dem Ziel der Einhaltung der rechtlichen Vorgaben und der selbst gesetzten Regeln, um aufsichtsrechtliche Sanktionen, finanzielle Einbußen und Reputationsschäden zu vermeiden.

Die Compliance-Funktion besteht aus einem zentralen Compliance-Verantwortlichen, der die für die Compliance-Funktion verantwortliche Person ist, einem daran angegliederten Compliance-Komitee und dezentralen, funktionsbezogenen Compliance-Beauftragten. Der Compliance-Verantwortliche hat Zugriff auf alle relevanten Daten und Systeme. Das Compliance-Komitee ist ein beratendes Gremium für Compliance-relevante Themen, das an der Seite des Compliance-Verantwortlichen steht. Es setzt sich aus den Leitern besonders Compliance-relevanter Bereiche und aus Leitern von verbundweit tätigen Abteilungen zusammen. Als Compliance-Beauftragte sind alle Führungskräfte der 1. Ebene unterhalb des Vorstands sowie die Kundendienstcenter-, Regionaldirektions-, Filialdirektions- und Maklerdirektions-Leiter bestellt.

Durch die entsprechende Organisationsstruktur wird sichergestellt, dass die Compliance-relevanten Anforderungen als integraler Bestandteil in jeder Organisationseinheit verankert und der Verantwortung der jeweiligen Führungskraft zugeordnet sind. Die Compliance-Beauftragten berichten halbjährlich sowie bei Bedarf ad hoc an den Compliance-Verantwortlichen.

Die Compliance-Funktion berät den Vorstand in Bezug auf rechtliche Entwicklungen, gesetzliche Anforderungen und hinsichtlich aller Maßnahmen, die für ein Compliance-gerechtes Handeln erforderlich sind. Für situative Einzelentscheidungen stehen auch die Compliance-Beauftragten beratend zur Verfügung.

Der Verhaltenskodex des Continentale Versicherungsverbundes gibt den Mitarbeitern Regelungen für eventuell auftretende Compliance-relevante Situationen vor.

B.5 Funktion der Internen Revision

Die Schlüsselfunktion Interne Revision erbringt unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsleistungen, welche darauf ausgerichtet sind, Mehrwerte zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern. Sie unterstützt die Gesellschaft bei der Erreichung ihrer Ziele, indem sie mit einem systematischen und zielgerichteten Ansatz die Angemessenheit und Effektivität des installierten Internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems sowie der Führungs- und Überwachungsprozesse bewertet und zu deren Verbesserung beiträgt. Die für die Interne Revision verantwortliche Person ist der Leiter der Revision. Sie wird bei der Ausführung ihrer Aufgaben durch die Mitarbeiter der Revision unterstützt.

Die Interne Revision nimmt ihre Aufgaben unabhängig und unparteiisch wahr. Sie unterliegt bei der Prüfungsplanung, Wertung der Prüfungsergebnisse und Berichterstattung keinen unangemessenen Einflüssen.

Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben hat die Interne Revision jederzeit ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht bezüglich aller durchgeführten beziehungsweise durchzuführenden Aktivitäten, vorhandener Prozesse und Systeme. Ihr werden hierzu alle erforderlichen Auskünfte und Einblicke in die Geschäftsvorfälle, Arbeitsvorgänge und sonstige Unterlagen gewährt. Darüber hinaus hat die Interne Revision Zutritt zu sämtlichen Geschäftsräumen.

Die Leiter aller Organisationseinheiten unterrichten die für die Interne Revision verantwortliche Person unverzüglich über alle für die Revisionstätigkeit wesentlichen Vorgänge.

Die Interne Revision erstellt einen Mehrjahresplan, der das gesamte Governance-System umfasst und jährlich fortgeschrieben wird. Die Auswahl und anschließende Priorisierung der zu prüfenden Bereiche und Themen erfolgt systematisch nach einem risikoorientierten Ansatz. Bereits bei der Planung wird berücksichtigt, dass die beteiligten Prüfer keine Interessenskonflikte mit dem zu prüfenden Bereich haben.

Im Rahmen ihres Prüfungsauftrages führt die Interne Revision zur Feststellung des Ist-Zustandes formelle und materielle Prüfungshandlungen in Form von Verfahrens-/Systemprüfungen oder Einzelfallprüfungen durch. Die Prüfung erfolgt bezüglich der Einhaltung der geltenden Vorschriften und Anweisungen hinsichtlich der Kriterien Ordnungsmäßigkeit, Angemessenheit, Wirksamkeit und Sicherheit. Auf Basis der Prüfung erfolgt eine systematische und zielgerichtete Bewertung der Effektivität von Risikomanagement, internen Kontrollen, Führungs- und Überwachungsprozessen. Die Interne Revision kann für die Erfüllung ihrer Aufgaben externes Know-how zu einzelnen Prüfungen hinzuziehen.

Über das Ergebnis jeder durchgeführten Prüfung wird zeitnah ein Revisionsbericht abgefasst und mit dem Leiter des geprüften Bereiches fachlich abgestimmt. Die Interne Revision gibt schriftliche Empfehlungen zur Beseitigung von Mängeln, Vermeidung von Fehlern und Verbesserung der Organisation Abläufe an die geprüfte Fachabteilung. Der Bericht wird dem Vorstand vorgelegt. In einer Vorstandssitzung wird über die Umsetzung der abgestimmten Maßnahmen und Empfehlungen entschieden.

Die Interne Revision überwacht darüber hinaus die Umsetzung der Empfehlungen aus den Revisionsberichten. Für eine nicht fristgemäße Erledigung ist ein Eskalationsverfahren mit dem Vorstand installiert.

Im Rahmen des Jahresberichtes der Internen Revision werden der Vorstand, der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats sowie die weiteren Schlüsselfunktionen über die Aktivitäten im abgelaufenen Geschäftsjahr und insbesondere über den Umsetzungsstand der vereinbarten Maßnahmen unterrichtet.

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Die verantwortliche Person für die Schlüsselfunktion Versicherungsmathematische Funktion ist der Leiter der Organisationseinheit Aktuariat. Er wird bei der Ausführung seiner Aufgaben durch ausgewählte Mitarbeiter der Fachabteilung unterstützt.

Der Verantwortliche Aktuar und die Versicherungsmathematische Funktion sind personell getrennt, um mögliche Interessenkonflikte zu vermeiden. Die Versicherungsmathematische Funktion verfügt im Hinblick auf ihren Aufgabenbereich über ein uneingeschränktes Auskunfts- und Informationsrecht für die relevanten zu prüfenden Sachverhalte.

Die Versicherungsmathematische Funktion beurteilt, ob die Zeichnungs- und Rückversicherungspolitik konsistent zur Risikostrategie der Gesellschaft ist.

Die bei der Berechnung der Versicherungstechnischen Rückstellungen verwendeten Eingabedaten, die Modelle und die Berechnungsergebnisse werden der Versicherungsmathematischen Funktion zur Verfügung gestellt. Anschließend prüft sie, ob die verwendeten Methoden im Hinblick auf die Anforderungen an die Versicherungstechnischen Rückstellungen geeignet sind. Die bei der Berechnung der Versicherungstechnischen Rückstellungen getroffenen Annahmen werden auf ihre Angemessenheit geprüft.

Im Zuge der Berechnung der Versicherungstechnischen Rückstellungen werden die verwendeten internen sowie externen Daten hinsichtlich ihrer Vollständigkeit und Aktualität durch die Versicherungsmathematische Funktion überprüft. Falls für die Berechnung der Versicherungstechnischen Rückstellungen geeignete Näherungswerte für Daten verwendet werden müssen, wird diese Berechnung durch die Versicherungsmathematische Funktion überwacht.

Die Auswirkungen erheblicher Änderungen in den verwendeten Daten, Methoden oder Annahmen auf die Höhe der Versicherungstechnischen Rückstellungen zwischen Bewertungsstichtagen werden von der Versicherungsmathematischen Funktion bewertet.

Die Versicherungsmathematische Funktion führt eine Veränderungsanalyse der Versicherungstechnischen Rückstellungen durch und erläutert gegebenenfalls materielle Veränderungen. Die Ursachen von Veränderungen und Unterschieden werden hierbei aufgeschlüsselt dargestellt und beurteilt.

Es besteht eine direkte Berichtslinie an den Vorstand. Neben dieser direkten Berichtslinie erstellt die Versicherungsmathematische Funktion jährlich einen Bericht, der im Wesentlichen die Ergebnisse der Durchführung der zuvor genannten Aufgaben darstellt. Darüber hinaus enthält die jährliche Berichterstattung eine zusammenfassende Stellungnahme zur Zeichnungs- und Annahmepolitik sowie zur Rückversicherungspolitik der Gesellschaft.

Bei wesentlichen Mängeln oder bei konkreten Hinweisen auf Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit den Versicherungstechnischen Rückstellungen berichtet die Versicherungsmathematische Funktion ad hoc an den Vorstand.

B.7 Outsourcing

Innerhalb des Continentale Versicherungsverbandes werden im Sinne einer verbesserten Wirtschaftlichkeit die Aufgaben der Gesellschaften teilweise auf andere Verbandgesellschaften ausgegliedert. Durch die Ausgliederung werden Spezialisierungs- und Synergieeffekte genutzt. Schwerpunktmäßig werden zentrale Dienstleistungen von der Obergesellschaft des Verbandes, der Continentale Krankenversicherung a.G., erbracht. Die

Kapitalanlagen aller Verbundgesellschaften werden – mit Ausnahme der Immobilienanlage und alternativer Investments – von der Continentale Lebensversicherung AG verwaltet.

Eine wirksame Kontrolle über die ordnungsgemäße Erledigung aller verbundintern ausgelagerten Aufgaben wird durch vollständigen Anteilsbesitz der Obergesellschaft an allen Verbundgesellschaften und durch weitgehende Personalidentität in den Leitungsorganen sichergestellt. Die genauen Vorgaben zur Arbeitsteilung sind in einem Organisationsabkommen sowie im Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrag geregelt.

Der spezifischen Ausgliederungs-Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde unterliegen alle versicherungstypischen Funktionen oder Tätigkeiten, die die Gesellschaft ausgliedert. Diese werden anhand der Vorgaben der internen Richtlinie Outsourcing in die Klassen aufsichtsrechtlich relevant oder wichtig eingestuft und entsprechend verwaltet. Für diesen Bericht ist nur die Darstellung der wichtigen Ausgliederungen relevant.

Nachfolgend sind die im Sinne von Solvency II wichtigen, an verbundinterne Dienstleister vorgenommenen, Ausgliederungen aufgelistet.

Rechtsraum, in dem der Dienstleister ansässig ist	Ausgegliederte Tätigkeit
Deutschland	Entwicklung, Beschaffung und Betrieb informations-technologischer Verfahren
Deutschland	Durchführung von Finanz- und Kapitalanlagen, Durchführung und Gestaltung der Finanzdisposition, Verwaltung der Vermögensanlagen sowie Führung des Sicherungsvermögens
Deutschland	Kapitalanlagencontrolling
Deutschland	Baufinanzierung, insbesondere Vergabe und Verwaltung der Realkredite
Deutschland	Aktuarielle Aufgaben in der Unfallversicherung
Deutschland	Underwriting, Bestandsverwaltung, Inkasso, Leistungs- und Regressbearbeitung im Wassersport- und Flusskasko Versicherungsgeschäft sowie Seeplatzgeschäft Underwriting sowie Leistungs- und Regressbearbeitung im Luftfahrtgeschäft, das bei der Gesellschaft anfällt
Deutschland	Vertriebsplanung, Vertriebs- und Provisionssteuerung, Underwriting, Bestandsverwaltung, Leistungs- und Regressbearbeitung im Geschäftsfeld Garantiversicherung

Tabelle 4: Wichtige Ausgliederungen an verbundinterne Dienstleister

In Teilbereichen werden Tätigkeiten auf verbundexterne Dienstleister ausgegliedert, da das eigene Vorhalten von Kapazitäten in diesen Bereichen unwirtschaftlich wäre und die Gesellschaft vom gebündelten Know-how profitieren möchte. Zur Überwachung dieser Ausgliederungen wurden neben der ständigen Qualitätssicherung durch die ausgliedernden Organisationseinheiten im Rahmen des Internen Kontrollsystems die aufsichtsrechtlich relevanten sowie die wichtigen Ausgliederungen in die jährlich durchgeführte und vierteljährlich aktualisierte Risikoinventur integriert.

Nachfolgend sind die im Sinne von Solvency II wichtigen, an verbundexterne Dienstleister vorgenommenen, Ausgliederungen aufgelistet.

Rechtsraum, in dem der Dienstleister ansässig ist	Ausgegliederte Tätigkeit
Österreich	Bereitstellung von Rechenleistung, Platten-/ Speicher, IBM- und ISV-Software, WAN-Strecke Wien - Mannheim
Deutschland	Abarbeitung des Telefonüberlaufs während und außerhalb der Geschäftszeiten sowie das Einleiten von Schadenregulierungsmaßnahmen im Rahmen dieser Dienstleistung
Deutschland	Durchführung und Vermittlung von Assistance-Leistungen im KFZ-Bereich und in der Unfallversicherung
Deutschland	Erstellung und Pflege einer Internetplattform zur Ausfertigung von Transportversicherungszertifikaten
Deutschland	Assekuradeurstätigkeiten primär in der Transportversicherung und im Seeplatzgeschäft im Rahmen von erteilten Vollmachten.
Schweiz	Abwicklung der Dokumentierung, des Beitragsinkassos sowie der Schadenregulierung aller Verträge im Markenprogramm BELMOT SWISS
Schweiz	Abwicklung der Dokumentierung, des Beitragsinkassos sowie der Schadenregulierung aller Verträge im Markenprogramm NAUTIMA SWISS
Schweiz	Abwicklung der Dokumentierung, des Beitragsinkassos sowie der Schadenregulierung aller Verträge im Markenprogramm SINFONIMA SWISS
Schweiz	Abwicklung der Dokumentierung, des Beitragsinkassos sowie der Schadenregulierung des gezeichneten Wassersportgeschäfts in der Schweiz
Schweiz	Erstellung eines Jahresberichtes als Verantwortlicher Aktuar für die Zweigniederlassung in der Schweiz

Tabelle 5: Wichtige Ausgliederungen an verbundexterne Dienstleister

B.8 Sonstige Angaben

Es gibt keine weiteren wesentlichen Informationen zum Governance-System der Gesellschaft.

C. Risikoprofil

Das Risikoprofil der Gesellschaft ist die Gesamtheit aller Risiken, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist. Durch den strukturierten Risikoinventurprozess werden die relevanten Risiken der Gesellschaft in den Organisationseinheiten systematisch und konsistent identifiziert und beurteilt (siehe B.3).

Die Risikosensitivität bezüglich aller wesentlichen Risiken wird im Risikomanagementprozess umfassend analysiert. Quantifizierbare Risiken werden grundsätzlich anhand der Standardformel bewertet (siehe E.2). Hierbei handelt es sich um ein regulatorisch vorgegebenes und allgemein gültiges Modell zur Berechnung der Solvenzkapitalanforderung, das standardisiert definierte Risiken erfasst, quantifiziert und zu

einer aggregierten Größe verdichtet. Im Rahmen des ORSA-Prozesses (siehe B.3) wurden keine wesentlichen Abweichungen des Risikoprofils der Gesellschaft von den Annahmen, die der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung mit der Standardformel zugrunde liegen, festgestellt. Außerdem erfolgte eine eigenständige Bewertung des Solvabilitätsbedarfs unter Berücksichtigung des spezifischen Risikoprofils. Nicht in der Standardformel berücksichtigte Risiken werden dabei entweder bereits bei der Bewertung anderer Risiken berücksichtigt oder qualitativ bewertet.

Die Risiken der Gesellschaft werden anhand der regulatorisch vorgegebenen Risikokategorien in den Abschnitten C.1 bis C.6 näher erläutert. Sie liegen neben den unternehmensüblichen wirtschaftlichen Risiken (C.6) insbesondere im versicherungstechnischen Risiko (C.1), im Marktrisiko (C.2) und Kreditrisiko (C.3), im Liquiditätsrisiko (C.4) sowie im operationellen Risiko (C.5).

Im Hinblick auf die Anwendung der Standardformel ist darauf hinzuweisen, dass es zwischen dieser Zuordnung von Risiken zu den Risikokategorien und der Gruppierung der Risiken in der Standardformel (siehe E.2) Unterschiede in der Systematik gibt. In der Standardformel sind dem Marktrisikomodul (C.2) die Untermodule Zinsrisiko, Aktienrisiko, Immobilienrisiko, Spreadrisiko, Marktrisikokonzentrationen sowie Wechselkursrisiko zugeordnet. Ein separates Kreditrisikomodul (C.3) gibt es nicht. Das Kreditrisiko beinhaltet per Definition das Spreadrisiko, Marktrisikokonzentrationen sowie das Gegenparteiausfallrisikomodul. Dementsprechend wird in Kapitel C.2 nur über die Untermodule Zinsrisiko, Aktienrisiko, Immobilienrisiko sowie Wechselkursrisiko berichtet und in Kapitel C.3 wird die Bedeutung des Spreadrisikos, der Marktrisikokonzentrationen sowie des Gegenparteiausfallrisikos dargelegt.

Für alle Risikokategorien werden auch die Risikominderungstechniken- und Risikosteuerungsmaßnahmen beschrieben. Die dauerhafte Wirksamkeit dieser Risikominderungstechniken- und Risikosteuerungsmaßnahmen wird über die regelmäßige Aktualisierung der in internen Richtlinien festgelegten Grundsätze zur Überwachung der Risikominderungstechniken- und Risikosteuerungsmaßnahmen gewährleistet.

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

Das versicherungstechnische Risiko bezeichnet das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus einer unangemessenen Preisfestlegung oder nicht angemessenen Rückstellungsannahmen ergibt. Relevant für die Gesellschaft sind insbesondere das Prämien-, das Reserve-, das Katastrophen- sowie das Storno- und das Langlebigerkeitsrisiko. Das versicherungstechnische Risiko zählt insgesamt zu den für die Gesellschaft wesentlichen Risiken; nach der Standardformel wird das versicherungstechnische Risiko in Summe (vor Diversifikation zwischen den Geschäftsbereichen und vor Berücksichtigung der Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen) mit 102.829 Tsd. Euro bewertet (siehe E.2).

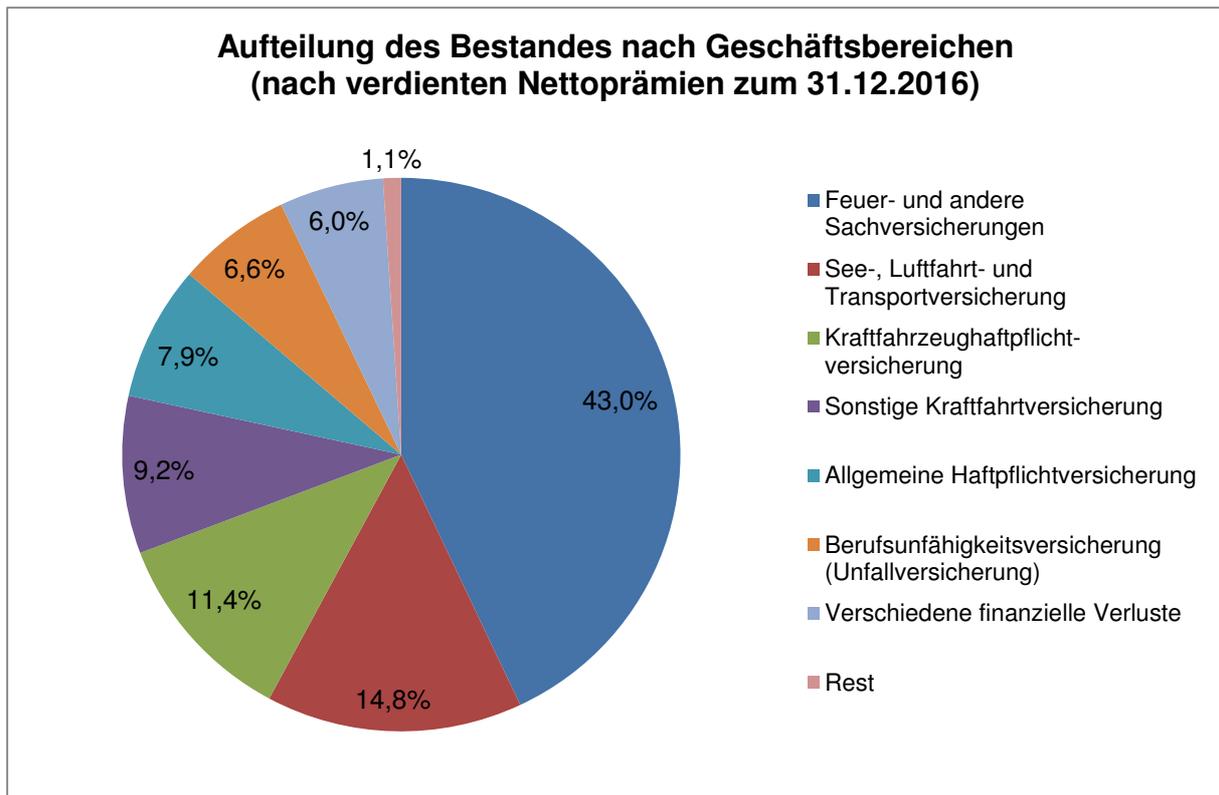


Abbildung 2: Aufteilung des Bestandes nach Geschäftsbereichen

Der Geschäftsbereich Feuer- und andere Sachversicherungen nimmt den größten Anteil am Versicherungsbestand ein. Darüber hinaus sind die Geschäftsbereiche Kraftfahrzeug- und Transportversicherungen bedeutend. Die Gesellschaft hält den wesentlichen Teil des Versicherungsbestandes in Deutschland, woraus sich eine Risikokonzentration gegenüber dem Standort Deutschland ergibt. Durch eine gleichmäßige regionale Verteilung der Risiken innerhalb der Geschäftsbereiche ist der Bestand der Gesellschaft gut diversifiziert. Das Kumulrisiko für die Gefahren Sturm / Hagel beziehungsweise erweiterte Elementargefahren wird zusätzlich über Rückversicherung reduziert.

Das Prämien- sowie das Reserverisiko sind die für die Gesellschaft bedeutendsten versicherungstechnischen Risiken.

Das Prämienrisiko ist das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Verbindlichkeiten, das sich ergibt aus Schwankungen in Bezug auf das Eintreten, die Häufigkeit und die Schwere der versicherten Ereignisse. Das Risiko betrifft alle betriebenen Geschäftsbereiche.

Das Prämienrisiko wird durch eine risikogerechte Kalkulation der Beiträge, eine gezielte Annahmepolitik, ein systematisches Bestandscontrolling und eine regelmäßige Beitragsnachkalkulation reduziert. Im Underwriting werden entsprechende Zeichnungsvorschriften beachtet, die wiederum einer permanenten Kontrolle auf Wirksamkeit und Zielerreichung seitens des Vorstands unterliegen. So wird sichergestellt werden, dass Beitragseinnahmen und Schadenzahlungen in einem angemessenen Verhältnis stehen.

Das Reserverisiko ist das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Verbindlichkeiten, das sich aus Schwankungen in Bezug auf die Dauer und den Betrag der Schadenabwicklung ergibt. Das Risiko betrifft alle betriebenen Geschäftsbereiche. Prinzipiell steigt das Reserverisiko mit der Höhe der für den Geschäftsbereich gebildeten Versicherungstechnischen Rückstellungen. Das Reserverisiko wird durch eine vorsichtige Rückstellungsbemessung gemindert.

Da das Reserverisiko ein wesentliches versicherungstechnisches Risiko darstellt, wurde neben den in der Standardformel enthaltenen Stressen ein zusätzlicher Stresstest durchgeführt. Dabei wird im Modell angenommen, dass die Schadenreserve nicht ausreicht, um die aus den Versicherungsverträgen resultierenden Verpflichtungen zu erfüllen.

Für den Stresstest Unterreservierung wird angenommen, dass die ermittelten Best Estimate Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Schäden zu niedrig angesetzt sind und sich daraus im Zeitverlauf Abwicklungsverluste ergeben. Hierfür werden die Best Estimate Schadenrückstellungen pauschal um 5 % für alle Geschäftsbereiche erhöht. Die Best Estimate Schadenrückstellungen für Lebensversicherungsverträge einschließlich aktiver Rückversicherung werden nicht gestresst.

Der Stress betrifft sowohl die Brutto-Rückstellung als auch die Abgabe beziehungsweise die Anpassung um den erwarteten Ausfall der Gegenpartei. Hierbei werden ausschließlich die Auswirkungen auf die Schadenrückstellungen sowie auf das Reserverisiko analysiert. Zusätzlich resultieren hieraus Veränderungen in der Berechnung der latenten Steuern sowie deren risikomindernder Wirkung. Weitere Auswirkungen wie zum Beispiel die Veränderung der Risikomarge oder das Ausfallrisiko werden als geringfügig betrachtet und daher nicht berücksichtigt.

Über alle oben genannten Stresse verringert sich die Bedeckungsquote wie erwartet. Die Gesellschaft verfügt aber immer noch über eine ausreichende Kapitalausstattung.

Die Sensitivitätsanalyse untersucht, inwieweit die wesentlichen Annahmen, die der Berechnung der Standardformel zu Grunde liegen, das Risikoprofil der Gesellschaft widerspiegeln und für die Gesellschaft angemessen sind. Dazu wird der Einfluss einer Veränderung der Schadenquote auf die Versicherungstechnischen Rückstellungen und die Solvenzkapitalanforderung untersucht und die daraus folgende absolute und prozentuale Veränderung der Versicherungstechnischen Rückstellungen beziehungsweise der Solvenzkapitalanforderung betrachtet.

Die Sensitivität der Solvenzkapitalanforderung wurde über eine Erhöhung der Schadenquoten der Geschäftsbereiche Allgemeine Haftpflichtversicherung und Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung ermittelt. Die um rund 15 Prozentpunkte erhöhten Schadenquoten entsprechen dabei den historisch höchsten Schadenquoten der letzten 15 Jahre. Die ausgewählten Geschäftsbereiche repräsentieren einen long-tail (lange Abwicklungsdauer in der Schadenregulierung) und einen short-tail (kurze Abwicklungsdauer in der Schadenregulierung) Geschäftsbereich mit vergleichbaren Beitragsvolumina.

Der Stress betrifft sowohl die Brutto-Rückstellung als auch die Abgabe beziehungsweise die Anpassung um den erwarteten Ausfall. Die Veränderungen werden für das selbst

abgeschlossene Geschäft für die Schadenjahre 2014 bis 2016 in der Schadenrückstellung angewandt beziehungsweise bei der Prämienrückstellung berücksichtigt.

Die erhöhten Schadenquoten führen zunächst zu einer Erhöhung der Brutto-Rückstellungen und der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen. Insgesamt verringern sich dadurch die ökonomischen Eigenmittel. Zudem verringern sich in der Regel die latenten Steuerschulden, was die Verringerung der ökonomischen Eigenmittel teilweise kompensiert.

Gleichzeitig dienen die Schadenrückstellungen als Volumenmaß für das Reserverisiko. Die Erhöhung der Best Estimate Reserve führt folglich zu einer Erhöhung des Reserverisikos. Zusätzlich geht die risikomindernde Wirkung der latenten Steuer aufgrund der niedrigeren latenten Steuerschulden in der Solvabilitätsübersicht zurück. Insgesamt führen beide Effekte zu einem Anstieg der Solvenzkapitalanforderung und damit auch der Risikomarge. Dies hat eine negative Auswirkung auf die Eigenmittel und letztlich auf die Bedeckungsquote.

Es zeigt sich, dass bei einem long-tail-Geschäftsbereich ein Anstieg der Schadenquote einen stärkeren Effekt hat als ein vergleichbarer Anstieg in einem short-tail-Geschäftsbereich. In beiden Fällen verfügt die Gesellschaft über eine ausreichende Kapitalausstattung. Auch bei einer gleichzeitigen Erhöhung bleibt die Bedeckungsquote deutlich über 100 %.

Resultierend aus einem möglichen Eintritt eines Sturms, eines Hagelschadens oder einer Überschwemmung besteht zudem eine Exponierung gegenüber dem Eintritt einer Naturkatastrophe. Darüber hinaus besteht ebenfalls eine Exponierung gegenüber einer von Menschen verursachten Katastrophe. Von beiden Ereignissen wäre insbesondere der Geschäftsbereich Feuer- und andere Sachversicherungen betroffen. Zur Beherrschung des Katastrophenrisikos dienen Zeichnungsrichtlinien, Kumulkontrollen, aktuarielle Modelle zur Berechnung der Naturkatastrophenrisiken sowie eine regelmäßige Überprüfung und Anpassung des Rückversicherungsschutzes.

Darüber hinaus besteht für die Gesellschaft in allen Geschäftsbereichen eine Exponierung gegenüber einem Anstieg der Stornoquoten. Beim Stornorisiko handelt es sich um ein kurz- bis mittelfristiges Risiko. Neben der laufenden Bestandskontrolle sowie vorsichtiger Tarifikalkulation findet eine Risikovermeidung durch angemessene Zeichnungspolitik statt. Bei der Vermittlung müssen entsprechende Zeichnungsvorschriften beachtet werden. Die Annahmepolitik und die darauf basierenden Annahmegrundsätze werden laufend überprüft.

Aufgrund der Tätigkeit im Geschäftsbereich Berufsunfähigkeitsversicherung (Unfallversicherung) besteht zudem eine Exponierung gegenüber einem Rückgang der Sterblichkeitsraten (Langlebighkeitsrisiko).

Das laufende Controlling, ein definierter Sanierungsprozess sowie regelmäßige Aktualisierungen und Überprüfungen der für die Kalkulationen verwendeten Daten ermöglichen kurze Reaktionszeiten bei Fehlentwicklungen, sodass die versicherungstechnischen Risiken grundsätzlich eher kurzfristiger Natur sind. Aufgrund des unterschiedlichen Abwicklungsverhaltens der verschiedenen Versicherungszweige ist das Reserverisiko zusätzlich als langfristiges Risiko zu betrachten. Auch das Katastrophenrisiko ist aufgrund der unterschiedlichen Gefährdung der verschiedenen Versicherungszweige als langfristiges Risiko einzustufen. Beim Stornorisiko handelt es sich um ein kurz- bis mittelfristiges Risiko.

Darüber hinaus erfolgt die gezielte Weitergabe von spezifischen Risikoanteilen an Rückversicherungsgesellschaften. Durch Abschluss von Rückversicherungsverträgen werden extreme Schadenerfahrungen geglättet. Ein umfassender Prüfungs- und Abstimmungsprozess bei Abschluss neuer Rückversicherungsverträge stellt die Passgenauigkeit der Verträge zu den rückversicherten Risiken sicher. Regelmäßige Datenauswertungen und Nachbearbeitungen dienen zur Vermeidung von Fehlern in der Umsetzung.

C.2 Marktrisiko

Das Marktrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlustes oder nachteiliger Veränderungen der Finanzlage, das sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe und in der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt. Relevant sind in dieser Risikokategorie für die Gesellschaft das Immobilien-, das Aktien-, das Zins- sowie das Wechselkursrisiko. Das Marktrisiko zählt zu den für die Gesellschaft wesentlichen Risiken. Nach der Standardformel wird das Risiko mit 21.290 Tsd. Euro bewertet (vor Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den einbezogenen Untermodulen und vor Berücksichtigung der Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen).

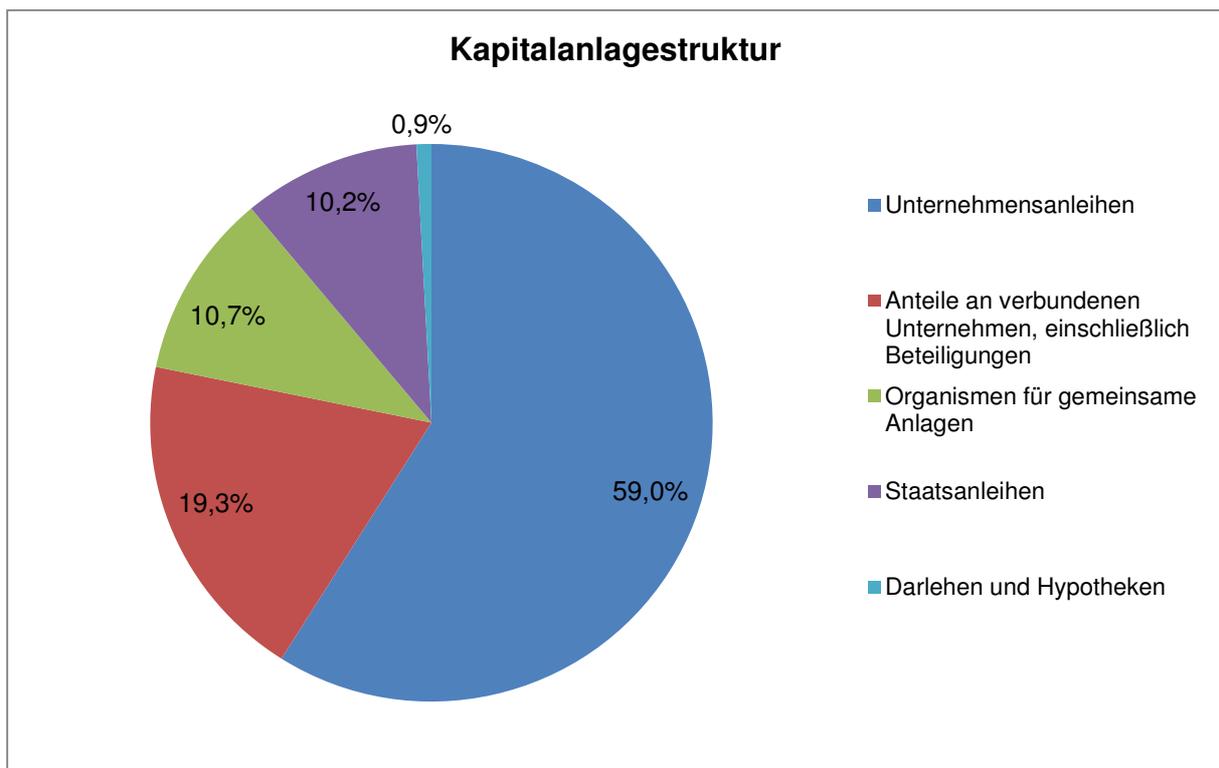


Abbildung 3: Aufteilung des Bestandes nach Geschäftsbereichen

Das Marktrisiko ergibt sich aus den im Bestand befindlichen risikobehafteten Kapitalanlagen sowie den versicherungstechnischen Rückstellungen, deren Höhe ebenfalls von Marktparametern abhängt.

Entsprechend der Zusammensetzung der Kapitalanlagen wird das Marktrisiko vor allem von Schwankungen im Preisniveau von Immobilien sowie von Aktien beeinflusst. Das Immobilien- sowie das Aktienrisiko sind die für die Gesellschaft bedeutendsten Marktrisiken.

Die Kapitalanlagebestände verteilen sich wie nachfolgend dargestellt auf die unterschiedlichen Untermodule des Solvency II Marktrisiko-Moduls:

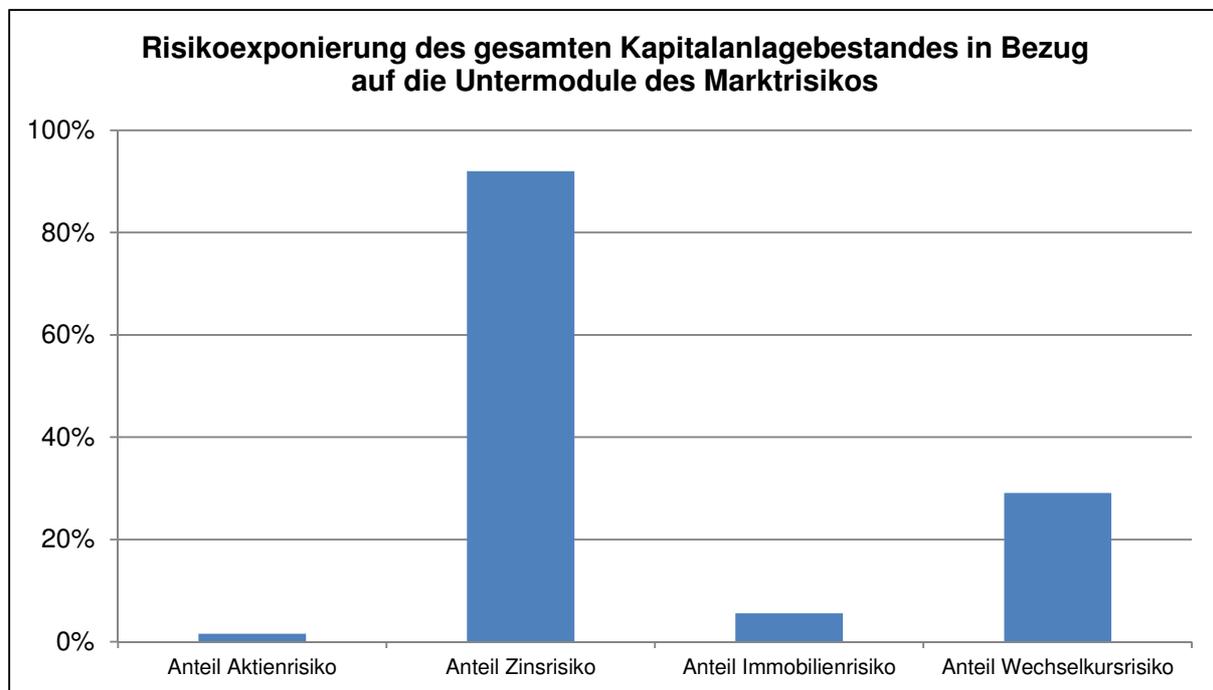


Abbildung 4: Risikoexposition des gesamten Kapitalanlagebestandes in Bezug auf die Untermodule des Marktrisikos

Das Immobilienrisiko besteht in Veränderungen in der Höhe oder der Volatilität der Marktpreise von Immobilien, die über die Immobilien-Investmentfonds gehalten werden. Eine angemessene Begrenzung des Immobilienrisikos wird durch hohe Diversifikation auf Ebene der Investmentfonds und der Fondsselektion sichergestellt.

Das Aktienrisiko ergibt sich aus Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Marktpreise von Aktien. Auf Basis der Solvency-II-Rechtsgrundlagen wird zwischen zwei Typen von Aktien unterschieden. Typ-1-Aktien sind Aktien, die an geregelten Märkten in Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) oder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) notiert sind. Typ-2-Aktien sind Aktien, die an Börsen in anderen Ländern als den EWR- oder OECD-Mitgliedstaaten notiert sind, nicht börsennotierte Aktien und andere alternative Kapitalanlagen. Das Aktienrisiko wird in den meisten Aktieninvestmentfonds begrenzt, indem durch den Einsatz von systematischen Fondskonzepten Wertverluste vermieden werden.

Darüber hinaus besteht eine Exponierung gegenüber einem Anstieg des Zinsniveaus. Aufgrund der Tatsache, dass sowohl die Vermögenswerte als auch die Verbindlichkeiten dem Zinsrisiko unterliegen, besteht ein risikomindernder Effekt in den angebotenen Versicherungsprodukten, da die zugehörigen Verbindlichkeiten ähnlich wie die Vermögenswerte auf Zinsveränderungen reagieren und somit diese abmildern.

Zudem besteht für die Gesellschaft das Risiko von Veränderungen der Wechselkurse. Das Risiko eines Währungsrückgangs ist das für die Gesellschaft maßgebliche. Es besteht insbesondere in den Spezialfonds sowie bei Private-Equity-Investitionen. Das Wechselkursrisiko in Spezialfonds wird grundsätzlich durch geeignete Absicherungsmaßnahmen in Form von Devisentermingeschäften und Devisenfutures wirksam begrenzt.

Grundsätzlich wird eine risikobewusste Anlagestrategie verfolgt, die gemäß dem Kapitalanlagenleitsatz „Sicherheit mit Rendite“ eine Abwägung zwischen Renditechance und damit verbundenem Risiko vornimmt. Dabei wird die Risikoneigung der Gesellschaft in jährlich vom Vorstand zu verabschiedenden Risikobudgets zum Ausdruck gebracht und die Vermögenswerte der Gesellschaft werden stets im Einklang mit dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht (§ 124 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG)) angelegt. Erscheint ein Risiko hierbei als zu hoch oder als nur schwer kalkulierbar, wird im Sinne des Leitsatzes auf dieses Investment verzichtet. Für Investitionen in für die Gesellschaft neuartige Vermögenswerte bedarf es eines gesonderten Beschlusses durch Vorstand und Aufsichtsrat. Hierzu werden die Chancen und Risiken sowie die handelsrechtliche, steuerrechtliche und aufsichtsrechtliche Behandlung neuartiger Vermögenswerte im Rahmen eines Neue-Produkte-Prozesses analysiert. Im Übrigen erfolgt die Kapitalanlage nach einem strukturierten und transparenten Anlageprozess insbesondere unter Beachtung eines definierten Anlagekatalogs sowie festgelegter Anlagegrenzen. Dies gewährleistet eine angemessene Mischung und Streuung der Vermögenswerte, die Sicherstellung einer angemessenen Sicherheit, Qualität, Liquidität und Rentabilität des Anlageportfolios sowie eine Erfüllung der weiteren gesetzlichen Anforderungen des § 124 VAG.

Zur Überprüfung, dass auch im Falle negativer Kapitalmarktentwicklungen stets eine ausreichende Bedeckung gegeben ist, werden regelmäßige interne Stresstests berechnet, die die Auswirkungen widriger Kapitalmarktentwicklungen auf den Kapitalanlagebestand und die Bedeckung der versicherungstechnischen Passiva simulieren. Dabei werden verschiedene Anlageklassen mit einer Veränderung der wichtigsten und für den Bestand relevanten Marktparameter wie Zinsen, Aktienkurse und Immobilienpreise einem Stressszenario unterworfen. In allen untersuchten Szenarien ist eine ausreichende Bedeckung der versicherungstechnischen Verpflichtungen gewährleistet.

C.3 Kreditrisiko

Das Kreditrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlustes oder nachteiliger Veränderungen der Finanzlage, das sich aus Fluktuationen bei der Bonität von Wertpapieremittenten, Gegenparteien und anderen Schuldnern ergibt, gegenüber denen die Gesellschaft Forderungen hat, und das in Form von Gegenparteiausfallrisiken, Spreadrisiken oder Marktrisikokonzentrationen auftritt.

Gegenparteiausfallrisiken bestehen in der Kapitalanlage sowie gegenüber Versicherungsvermittlern, Versicherungsnehmern und Rückversicherern. Das Gegenparteiausfallrisiko ist für die Gesellschaft wesentlich; nach der Standardformel wird das Risiko mit 8.642 Tsd. Euro bewertet (siehe E.2).

Zur Begrenzung des Gegenparteausfallrisikos kommen verschiedene, sich einander ergänzende Maßnahmen zum Einsatz. So wird grundsätzlich eine möglichst breite Mischung und Streuung der Schuldner beziehungsweise Gegenparteien verfolgt. Sämtliche Gegenparteien müssen bei Anlagen klare Mindestanforderungen an die Bonität erfüllen. So werden im Rahmen einer umfangreichen, internen Bonitätsanalyse geeignete Banken für Geldanlagen ausgewählt. Für jede Gegenpartei werden interne Limite vergeben, die nicht überschritten werden dürfen. Um das Gegenparteausfallrisiko aktiv zu begrenzen, werden bei Bonitätsverschlechterungen Positionen reduziert.

Das Gegenparteausfallrisiko der Rückversicherung wird begrenzt durch die Übertragung der versicherungstechnischen Risiken auf mehrere Rückversicherer. Grundsätzlich gilt: Je länger sich die Leistungen an die Kunden abwickeln, umso höher sind die Anforderungen an die Kreditwürdigkeit der beteiligten Rückversicherer. Als langfristig gelten zum Beispiel die Risiken in der Haftpflichtversicherung. Zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit soll ein Rückversicherungspartner über ein gültiges Rating anerkannter Ratingagenturen verfügen. Dabei wird eine Einstufung von mindestens Investment-Grade gefordert. Mehr als 90 % des Gesamtbetrages an einforderbaren Beträgen entfällt auf Rückversicherer mit ausgezeichnetem Rating.

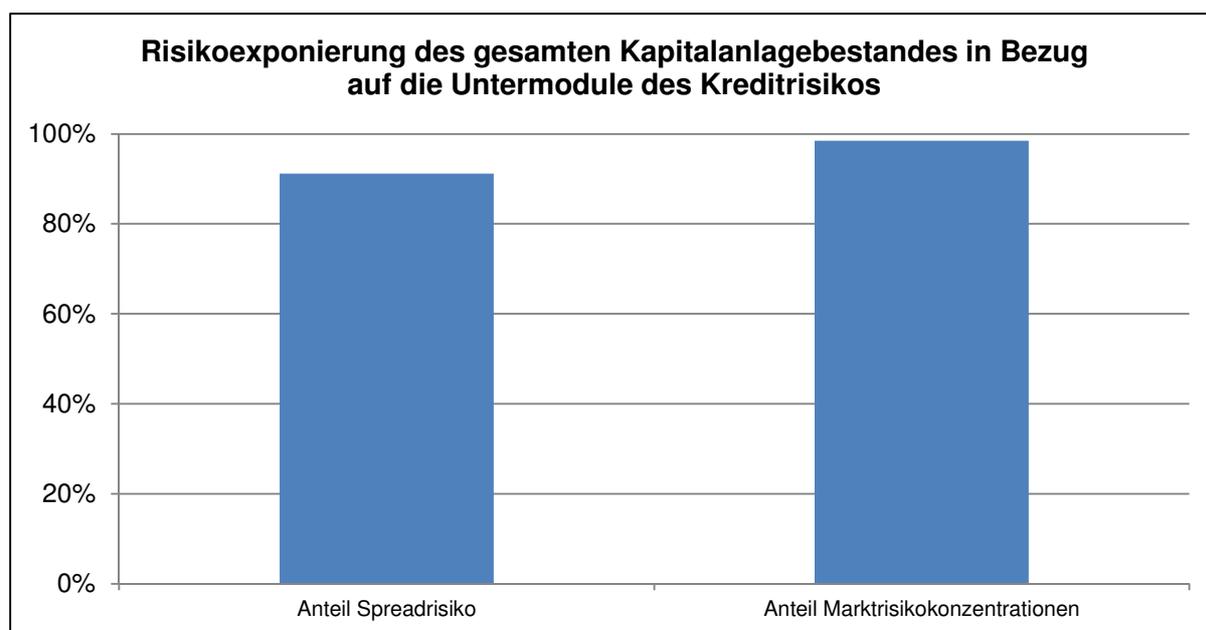


Abbildung 5: Risikoexponierung des gesamten Kapitalanlagebestandes in Bezug auf die Untermodule des Kreditrisikos

Das Spreadrisiko bezeichnet die Sensitivität des Wertes von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder Volatilität der Kreditspreads gegenüber der risikofreien Zinskurve. Es besteht für alle Vermögenswerte, deren Marktwerte auf eine Änderung von bonitätsbedingten Risikozuschlägen (Kreditspreads) gegenüber der risikofreien Zinskurve reagieren und zählt zu den für die Gesellschaft wesentlichen Risiken.

Im Gegensatz zur aufsichtsrechtlichen Behandlung von Zentralstaaten, Zentralbanken und internationalen Organisationen, betrachtet die Gesellschaft diese nicht per se als risikolos. Da auch diesen Emittenten ein Kreditrisiko inhärent ist, berücksichtigt die Gesellschaft im

Rahmen Ihrer Gesamtsolvabilitätsberechnung eine zusätzliche Kapitalanforderung die diese Risiken im Sinne eines Stresstests abdecken soll.

Die dem Spreadrisiko unterliegenden Anleihen weisen die folgende Schuldnerstruktur auf:

Schuldner	Marktwert (Tsd. Euro)
Staaten	55.537
Kreditinstitute	
besicherte Emissionen	70.169
erstrangig unbesicherte Emissionen	178.884
nachrangige Emissionen	15.722
Unternehmen ohne Banken	104.278
Gesamt	424.590

Tabelle 6: Schuldnerstruktur

Größere Risikoexponierungen bestehen insbesondere gegenüber Kreditinstituten und gegenüber Unternehmen außerhalb des Finanzsektors. Die Gesellschaft begegnet diesen Risikoexponierungen mit einer fortlaufenden Überwachung der relevanten Schuldner.

Zur Risikominderung sind für die Kapitalanlage Mindestanforderungen an die Bonitätseinstufung festgelegt. Deren Einhaltung sowie die Entwicklung der Bonitätseinstufung werden laufend überwacht; bei Bonitätsverschlechterungen werden Positionen reduziert. Hinsichtlich der Bonitätseinstufung wird darauf geachtet, dass der weit überwiegende Teil der Investitionen im Investmentgrade-Bereich liegt oder in Titeln, die mit entsprechenden Sicherungseinrichtungen beziehungsweise Deckungsmassen hinterlegt sind.

Im Gegensatz zur aufsichtsrechtlichen Behandlung von Zentralstaaten, Zentralbanken und internationalen Organisationen, betrachtet die Gesellschaft diese nicht per se als risikolos. Da auch diesen Emittenten ein Kreditrisiko inhärent ist, berücksichtigt die Gesellschaft im Rahmen Ihrer Gesamtsolvabilitätsberechnung eine zusätzliche Kapitalanforderung die diese Risiken im Sinne eines Stresstests abdecken soll.

Insbesondere besteht eine wesentliche Exponierung gegenüber Banken. Hiervon ist jedoch ein bedeutender Teil in Pfandbriefen mit besonderer Deckungsmasse und in Namensschuldverschreibungen beziehungsweise Schuldscheindarlehen angelegt, die einer umfassenden Einlagensicherung unterliegen. Anleihen hoch verschuldeter Staaten aus dem Euro-Raum sind zum Stichtag nicht im Bestand.

Marktrisikokonzentrationen bezeichnen das Risiko, das durch eine mangelnde Diversifikation beziehungsweise durch eine hohe Exponierung gegenüber einzelnen Wertpapieremittenten gegeben ist. Zur Risikominderung verfolgt die Gesellschaft bei der Kapitalanlage den Ansatz eines diversifizierten Portfolios. Dabei sind für die Anteile einzelner Schuldner an den gesamten Kapitalanlagen klare Obergrenzen definiert. Zum Stichtag lagen sechs Emittenten über den nach den Solvency-II-Rechtsgrundlagen vorgegebenen Konzentrationsschwellen.

Marktrisikokonzentrationen nehmen aus Sicht der Gesellschaft eine untergeordnete Rolle ein. Wesentliche Risikokonzentrationen bestehen im Bereich des Kreditrisikos nicht.

C.4 Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, dass die Gesellschaft nicht in der Lage ist, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um ihren finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen.

Um die Liquiditätsrisiken zu begrenzen, investiert die Gesellschaft überwiegend in marktgängige Kapitalanlagen an hinreichend liquiden Märkten. Außerdem wird im Rahmen einer detaillierten vorausschauenden Planung der Liquiditätsbedarf für verschiedene Fristen ermittelt und auf dieser Basis die Realisierbarkeit sichergestellt.

Darüber hinaus ist die Gesellschaft zur Deckung kurzfristiger Liquiditätsbedarfe in eine konzernweite Liquiditätssteuerung eingebunden. Für die Gesellschaft nimmt das Liquiditätsrisiko aufgrund der angeführten Maßnahmen eine untergeordnete Rolle ein.

Der nach den regulatorischen Vorgaben berechnete Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinnes (Überschuss der Zahlungszuflüsse über die Zahlungsabflüsse = Liquiditätsüberschuss) bezogen auf den aktuellen Versicherungsbestand zum Stichtag beträgt 23.770 Tsd. Euro.

C.5 Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet das Verlustrisiko, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern oder Systemen oder durch externe Ereignisse ergibt.

Wesentliche Aspekte des operationellen Risikos hängen mit der technischen Infrastruktur, dem Personal, den rechtlichen Rahmenbedingungen und den geschäftsspezifischen Prozessen zusammen. Hinsichtlich der technischen Infrastruktur können sich Risiken beispielsweise durch Systemausfälle oder den Verlust oder Missbrauch von Daten realisieren. Die Datenbestände werden gegen unbefugte Zugriffe durch Firewalls geschützt. Umfassende Zugangsregelungen und Schutzmaßnahmen gewährleisten die Sicherheit der Datenverarbeitungssysteme. Zudem sind die Daten und Rechner auf unterschiedliche Standorte ausgelagert. Hinsichtlich des Personals können beispielsweise der Ausfall oder Verlust von Mitarbeitern genannt werden. Diesen Risiken wird insbesondere durch eine zielgerichtete Personalpolitik sowie durch einen fairen und respektvollen Umgang im Unternehmen effektiv begegnet. Rechtsrisiken werden insbesondere durch die Compliance-Funktion (siehe B.4) wirksam begrenzt.

Die geschäftsspezifischen Risiken betreffen Geschäftsprozesse, wie die Antrags-, Vertrags- und Leistungsbearbeitung sowie das Produktmanagement und das Kapitalanlage-management. Diese Risiken werden beispielsweise durch das Fehlverhalten von Versicherungsnehmern, Vertriebspartnern oder eigenen Mitarbeitern hervorgerufen. Diesen Risiken wird durch eine grundsätzlich vorsichtige Vorgehensweise, eine konsequente Funktionstrennung, die generelle Anwendung des Vier-Augen-Prinzips, die Handlungsprinzipien und Maßnahmen des Internen Kontrollsystem (siehe B.4) sowie weitere spezifische risikomindernde Maßnahmen begegnet.

Das operationelle Risiko stellt für die Gesellschaft ein wesentliches Risiko dar; nach der Standardformel wird das Risiko mit 10.195 Tsd. Euro bewertet (siehe E.2).

C.6 Andere wesentliche Risiken

Zu den weiteren Risiken zählen das strategische Risiko und das Reputationsrisiko.

Das strategische Risiko bezeichnet die Gefahr einer nachteiligen Entwicklung der Gesellschaft, die sich aus getroffenen oder aber auch unterlassenen strategischen geschäftspolitischen Entscheidungen ergibt. Hierzu zählen die Positionierung auf dem Markt, die Aufbau- und Ablauforganisation und die Risiken, die aus der Konzernstruktur resultieren.

Das strategische Risiko wird begrenzt durch die Konzentration auf den deutschen Markt, der entsprechend bedarfsgerechten Produktgestaltung, dem breit diversifizierten Produktmix und einer breiten Auffächerung der Vertriebskanäle. Es nimmt insgesamt für die Gesellschaft eine untergeordnete Rolle ein.

Das Reputationsrisiko bezeichnet das Risiko, dass aufgrund einer möglichen Beschädigung des Unternehmensrufs Verluste eintreten.

Das Reputationsrisiko wird durch eine Vielzahl von Maßnahmen begrenzt. Zur Risikominimierung tragen das Unternehmensleitbild und die gesamte Organisationsstruktur der Gesellschaft bei. Hierzu zählen insbesondere das vorhandene Interne Kontrollsystem, die Interne Revision, die Compliance-Funktion, Datenschutz, Beschwerdemanagement, Serviceleitsätze und Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter. Es nimmt insgesamt für die Gesellschaft eine untergeordnete Rolle ein.

C.7 Sonstige Angaben

Für die Gesellschaft bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen aus ihrer Mitgliedschaft im Verein Verkehrsoferhilfe e. V. und im Deutsches Büro Grüne Karte e. V. Aufgrund ihrer Mitgliedschaft ist sie verpflichtet, dem Verein die für die Durchführung des Vereinszweckes erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, und zwar entsprechend dem Anteil an den Beitragseinnahmen, die die Mitgliedsunternehmen aus dem selbst abgeschlossenen Kraftfahrzeug-Haftpflichtgeschäft im vorletzten Kalenderjahr erzielt haben.

Als bisheriges Mitglied der Pharma-Rückversicherungs-Gemeinschaft hat die Gesellschaft eine anteilige Bürgschaft für den Fall übernommen, dass eines der übrigen Poolmitglieder zahlungsunfähig wird. Eine ähnliche Verpflichtung resultiert aus dem Vertrag mit der Deutschen Kernreaktor-Versicherungsgemeinschaft.

Darüber hinaus ergeben sich gesetzliche Pflichten zur Übernahme etwaiger Verluste aufgrund von Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen mit der GGM Gesellschaft für Garantie-Management mbH und der Carl C. Peiner GmbH.

Insgesamt nehmen die sonstigen finanziellen Verpflichtungen für die Gesellschaft eine untergeordnete Rolle ein. Risikoübertragungen auf Zweckgesellschaften sind nicht existent.

D. Bewertung für Solvabilitätszwecke

Die Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten für Solvabilitätszwecke basiert auf einem ökonomischen Bewertungsansatz. Danach sind Vermögenswerte und Verbindlichkeiten grundsätzlich mit dem Betrag zu bewerten, zu dem sie zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht, übertragen oder beglichen werden könnten. Zu diesem Zweck wurde für Solvency II ein eigenständiges Bewertungskonzept entwickelt, das sich wesentlich von bekannten Bewertungskonzepten wie der handelsrechtlichen Bewertung (HGB) unterscheidet. Auf diesem Bewertungskonzept beruht die Solvabilitätsübersicht als eine spezielle Art einer Marktwertbilanz.

Zur Aufstellung der Solvabilitätsübersicht ist deshalb eine Umbewertung von nach HGB bewerteten Vermögenswerten und Verbindlichkeiten erforderlich. Der Solvency-II-Wert wird dabei grundsätzlich auf Basis einer dreistufigen Bewertungshierarchie ermittelt:

Ebene 1: Verwendung von auf aktiven Märkten notierten Marktpreisen für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten

Ebene 2: Sofern die Verwendung notierter Marktpreise für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten nicht möglich ist: Verwendung von auf aktiven Märkten für ähnliche Vermögenswerte und Verbindlichkeiten notierten Marktpreisen unter Berücksichtigung der Unterschiede des Bewertungsobjektes

Ebene 3: Sofern die Verwendung notierter Marktpreise für ähnliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten nicht möglich ist: Anwendung alternativer Bewertungsmethoden auf Basis geeigneter Inputfaktoren und Bewertungstechniken (siehe D.4).

In Ergänzung dieser allgemeinen Bewertungshierarchie gibt es für einzelne Positionen der Solvabilitätsübersicht spezifische Anforderungen oder Vereinfachungsmöglichkeiten. Insbesondere kann die Übernahme handelsrechtlicher Werte für Solvabilitätszwecke in Betracht kommen, wenn dies regulatorisch anerkannt ist oder eine entsprechende Vereinfachung nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit angemessen ist (ebenfalls Ebene 3).

Die verwendeten Bewertungsansätze werden im Zusammenhang mit den jeweiligen Positionen der Solvabilitätsübersicht genannt. Im weiteren Verlauf werden nur die für die Gesellschaft relevanten Positionen der Solvabilitätsübersicht erläutert.

D.1 Vermögenswerte

Übersicht über die Vermögenswerte			
<i>in Tsd. €</i>	<i>Solvency-II-Wert</i>	<i>Bewertung nach HGB</i>	Δ <i>SII vs. HGB</i>
Immaterielle Vermögenswerte	0	1.466	-1.466
Latente Steueransprüche	31.428	-	31.428
Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf	1.161	1.161	0
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	463.372	435.641	27.731
<i>Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen</i>	89.970	86.532	3.438
<i>Aktien – nicht notiert</i>	62	62	0
<i>Staatsanleihen</i>	47.714	44.303	3.411
<i>Unternehmensanleihen</i>	275.519	256.973	18.546
<i>Organismen für gemeinsame Anlagen</i>	50.107	47.771	2.336
Darlehen und Hypotheken	3.989	3.623	366
<i>Policendarlehen</i>	138	138	0
<i>Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen</i>	3.852	3.485	367
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	94.661	133.007	-38.346
Depotforderungen	6.482	6.482	0
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	14.075	14.075	0
Forderungen gegenüber Rückversicherern	7.317	7.317	0
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	82.602	75.576	7.026
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	5.318	5.318	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	1.334	1.334	0

Tabelle 7: Übersicht über die Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte

Diese Position enthält alle anderen immateriellen Vermögenswerte außer dem Geschäfts- oder Firmenwert. Es handelt sich um identifizierbare, nicht monetäre Vermögenswerte ohne physische Substanz. Hauptsächlich enthält diese Position unternehmensspezifische Software.

Der handelsrechtliche Ansatz erfolgt mit den Anschaffungskosten; diese werden den handelsrechtlichen Vorschriften folgend linear abgeschrieben. Unter Solvency II setzt die Gesellschaft keine immateriellen Vermögenswerte an, da eine separate Veräußerbarkeit nicht gegeben ist.

Latente Steueransprüche

Aufgrund der Neubewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten für die Solvabilitätsübersicht entstehen Bewertungsunterschiede zur Bewertung in der Steuerbilanz. Hierfür sind latente Steueransprüche und latente Steuerschulden in der Solvabilitätsübersicht anzusetzen. Steuerliche Verlustvorträge, welche bei den latenten Steueransprüchen gegebenenfalls zu berücksichtigen wären, bestehen bei der Gesellschaft derzeit nicht. Weitere Details werden in Abschnitt D.3 (Latente Steuerschulden) beschrieben.

Bei der Ermittlung latenter Steuern werden Annahmen über die zeitliche Umkehrung der Differenzen zwischen unterschiedlichen Wertansätzen sowie Annahmen über den erwarteten Steuersatz getroffen. Daher erfolgt die Berechnung der Steuerabgrenzung mit dem zum Zeitpunkt der Auflösung wahrscheinlich gültigen Steuersatz. Für die Berechnung der aktiven latenten Steuern sind als Steuersätze angesetzt:

- Beteiligungen und Aktien: 1,6 %
- Übrige Positionen: 33 %

Der wesentliche Treiber für das Entstehen aktiver Steuerlatenzen ist der Differenzbetrag bei der Bewertung der Rentendeckungsrückstellung sowie der Forderungen an Rückversicherungsunternehmen.

Eine zu den latenten Steueransprüchen vergleichbare Position in der HGB-Bilanz existiert nicht, sodass sich ein Bewertungsunterschied in Höhe des Solvency-II-Wertes ergibt.

Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf

Die Gesellschaft hat zum Stichtag keine Immobilien für den Eigenbedarf im Bestand.

Der handelsrechtliche Ansatz der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibung. Der Ansatz der Vorräte erfolgt zu Anschaffungskosten. Gegebenenfalls erfolgt ein Abzug außerplanmäßiger Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 HGB. Als Solvency-II-Wert wird aus Wesentlichkeitsgründen vereinfachend der HGB-Wert übernommen.

Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen, beinhalten Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Beteiligungen an Unternehmen, an welchen die Gesellschaft mindestens 20 % der Anteile hält. Hierzu zählen auch Investmentfonds, an welchen die Gesellschaft direkt oder über Kapitalverwaltungsgesellschaften mindestens 20 % der Anteile hält.

Beteiligungen an Investmentfonds werden entsprechend der für Organismen für gemeinsame Anlagen geltenden Bestimmungen bewertet (siehe Position Organismen für gemeinsame Anlagen).

Der Solvency-II-Wert wird für die übrigen Beteiligungen anhand des Ertragswertverfahrens bestimmt (siehe D.4). Der handelsrechtliche Ansatz erfolgt zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls unter Abzug außerplanmäßiger Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 HGB.

Die zuletzt erfolgte Aktualisierung des Merkblatts zum Berichtswesen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vom 29. März 2017 wurde bezüglich der Einordnung von Investmentfonds zum Stichtag nicht mehr umgesetzt. Betroffene Investmentfonds werden erst ab dem ersten Quartal 2017 unter Organismen für gemeinsame Anlagen und nicht als Beteiligungen ausgewiesen.

Aktien – nicht notiert

Die nicht notierten Aktien beinhalten Unternehmensbeteiligungen, an denen die Gesellschaft weniger als 20 % der Anteile hält, jedoch ohne Anteile an verbundenen Unternehmen.

Der Solvency-II-Wert entspricht bei den nicht notierten Aktien aus Wesentlichkeitsgründen dem handelsrechtlichen Buchwert. (siehe D.4). Der handelsrechtliche Ansatz erfolgt nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften des § 341b Abs. 2 HGB. Die Bewertung erfolgt nach dem gemilderten Niederstwertprinzip, sodass Abschreibungen nur im Falle dauerhafter Wertminderungen vorzunehmen sind.

Staats- und Unternehmensanleihen

Bei Staatsanleihen handelt es sich um Anleihen, die von öffentlich-rechtlichen Schuldnern ausgegeben werden, bei Unternehmensanleihen um Anleihen, die von eigenständigen Gesellschaften ausgegeben werden.

Der Solvency-II-Wert entspricht bei börsennotierten Anleihen, die an einem aktiven Markt gehandelt werden, dem Marktwert (Börsenkurs). Bei nicht börsennotierten Anleihen wird der Solvency-II-Wert nach der Discounted Cash-Flow-Methode unter Berücksichtigung laufzeit- und emittentenabhängiger Risikozuschläge ermittelt (siehe D.4). Der Bestand an Staats- und Unternehmensanleihen beinhaltet zudem einfach strukturierte Produkte, bei denen eine festverzinsliche Anleihe ein einmaliges Kündigungsrecht des Emittenten enthält. Der optionale Anteil (Callrecht) wird mit Hilfe eines Optionspreismodells bei Verwendung aktueller Marktdaten (Zins, Volatilitäten) bewertet.

Der handelsrechtliche Ansatz erfolgt nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften des § 341b Abs. 2 HGB. Die Bewertung folgt dem gemilderten Niederstwertprinzip, sodass Abschreibungen nur im Falle dauerhafter Wertminderungen vorzunehmen sind.

Organismen für gemeinsame Anlagen

Die Organismen für gemeinsame Anlagen beinhalten Investmentfonds sowie Beteiligungen an Kapitalverwaltungsgesellschaften, die Zielinvestitionen in Investmentfonds vornehmen, sofern die Gesellschaft an diesen weniger als 20 % der Anteile hält.

Der handelsrechtliche Ansatz erfolgt nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften des § 341b Abs. 2 HGB. Die Bewertung erfolgt nach dem gemilderten Niederstwertprinzip, sodass Abschreibungen nur im Falle dauerhafter Wertminderungen vorzunehmen sind.

Der Solvency-II-Wert entspricht dem Marktwert (Börsenkurs, von der Kapitalverwaltungsgesellschaft übermittelter Rücknahmepreis oder Nettovermögenswert).

Policendarlehen

Bei den Policendarlehen handelt es sich um Darlehen an Versicherungsnehmer, die durch Verpfändung des Versicherungsscheins besichert sind.

Der handelsrechtliche Ansatz von Policendarlehen auf Nominalbasis erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten nach Abzug zwischenzeitlicher Tilgungen und zuzüglich gewährter Erhöhungen. In Fondsanteilen geführte Policendarlehen sind zum Marktwert der Fondsanteile angesetzt, unter Berücksichtigung der während der Laufzeit auf die entlehnten Anteile entfallenen Ausschüttungen. Als Solvency-II-Wert wird aus Wesentlichkeitsgründen vereinfachend der HGB-Wert übernommen.

Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen

Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen sind Finanzanlagen aus der Darlehensvergabe der Gesellschaft in Form von Ausleihungen und Hypothekendarlehen.

Der Solvency-II-Wert wird auf Ebene der Einzeltitel nach der Discounted Cash-Flow-Methode unter Berücksichtigung eines für den Bestand repräsentativen Risikozuschlags ermittelt (siehe D.4). Bei Hypothekendarlehen wird das gesetzliche Kündigungsrecht nach zehn Jahren berücksichtigt.

Der handelsrechtliche Ansatz erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten nach Abzug zwischenzeitlicher Tilgungen, gegebenenfalls unter Berücksichtigung außerplanmäßiger Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 HGB.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Übersicht über die einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen			
<i>in Tsd. €</i>	<i>Solvency-II-Wert</i>	<i>Bewertung nach HGB</i>	Δ <i>SII vs. HGB</i>
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	94.661	133.007	-38.346
<i>Berufsunfähigkeitsversicherung</i>	932	929	3
<i>Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung</i>	15.250	21.143	-5.893
<i>Sonstige Kraftfahrtversicherung</i>	1.359	3.422	-2.063
<i>See-, Luftfahrt- und Transportversicherung</i>	16.281	24.986	-8.705
<i>Feuer- und andere Sachversicherungen</i>	16.899	25.585	-8.686
<i>Allgemeine Haftpflichtversicherung</i>	22.623	36.733	-14.110
<i>Verschiedene finanzielle Verluste</i>	-230	2	-232
<i>Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung</i>	0	270	-270
<i>Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen</i>	3.558	0	3.558
<i>Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen (mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen)</i>	17.990	16.473	1.247
<i>Krankenrückversicherung</i>	0	3.464	-3.464

Tabelle 8: Übersicht über die einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Die einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen beinhalten den Wert der Zahlungsströme zwischen der Gesellschaft und Rückversicherern, die sich aus der Abgabe von Risiken mittels Rückversicherung ergeben. Die Bewertung erfolgt gemeinsam mit den Versicherungstechnischen Rückstellungen im selben Bewertungsmodell (siehe D.2, Abschnitt Bester Schätzwert), wobei das Ausfallrisiko des Rückversicherers berücksichtigt wird.

In der HGB-Bilanz werden die Anteile der Rückversicherer bei den Versicherungstechnischen Rückstellungen in Abzug gebracht, während in der Solvabilitätsübersicht die Rückstellungen ohne einen entsprechenden Abzug ausgewiesen

werden. Der zu den einforderbaren Beträgen korrespondierende HGB-Wert entspricht somit der Summe dieser Abzugsbeträge.

Der negative Unterschiedsbetrag zwischen dem Solvency-II-Wert und dem HGB-Wert resultiert aus der Erwartung, dass die Prämienzahlungen an den Rückversicherer dessen übernommene Leistungen übersteigen. Er entspricht den Kosten für die Risikoabsicherung. Im Gegenzug führt die Rückversicherung zu einer Reduktion der Solvenzkapitalanforderung.

Depotforderungen

Rückversicherungsdepots beinhalten Depotforderungen gegenüber Zedenten aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft.

Als Solvency II-Wert wird vereinfachend der HGB-Wert übernommen, da der Wert der Rückversicherungsdepots im Verhältnis zu den Vermögenswerten insgesamt und zusätzlich auch das Kontrahentenrisiko als nicht wesentlich eingestuft werden. Der HGB-Wert entspricht dem Nennbetrag.

Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Die Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern beinhalten die fälligen Beträge aus Forderungen gegenüber Versicherungsunternehmen, Versicherungsnehmern und Vermittlern, die nicht in den Mittelzufluss der Versicherungstechnischen Rückstellungen einbezogen sind.

Der handelsrechtliche Ansatz erfolgt zum Nennbetrag abzüglich Pauschalwertberichtigungen. Diese werden als ökonomische Berücksichtigung des Ausfallrisikos angesehen. Grundsätzlich wird als Solvency-II-Wert der handelsrechtliche Wert übernommen.

Forderungen gegenüber Rückversicherern

Die Forderungen gegenüber Rückversicherern beinhalten Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft.

Es handelt sich hierbei ausschließlich um Forderungen mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr. Sie werden unter Solvency II analog zur handelsrechtlichen Bewertung zum Nennbetrag angesetzt.

Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

Die Forderungen (Handel, nicht Versicherung) beinhalten im Wesentlichen die fälligen Beträge aus Forderungen gegenüber Geschäftspartnern, Mitarbeitern, der öffentlichen Hand sowie gegenüber Konzerngesellschaften.

Der handelsrechtliche Ansatz erfolgt grundsätzlich zum Nennbetrag. Da das Ausfallrisiko als nicht wesentlich angesehen wird, beinhalten diese Forderungen keine weitergehenden Abschläge für Forderungsausfälle. Als Solvency-II-Wert wird grundsätzlich der HGB-Wert übernommen, da es sich um Forderungen mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr handelt.

Ausnahme hiervon bildet die Bewertung der Erfüllungszusage der Continentale Holding AG für die Pensionsverpflichtungen der Gesellschaft. Die handelsrechtliche Bewertung erfolgt analog der zugrunde liegenden Pensionsrückstellung mit dem modifizierten

Teilwertverfahren (siehe D.4). Unter Solvency-II wird diese Position mit dem steuerlichen Teilwert bewertet.

Die Continentale Holding AG hat für einen Großteil der Pensionsverpflichtungen ihren Schuldbeitritt erklärt. Aus diesem Grund wird in der HGB-Bilanz nur der Teil als Pensionsverpflichtung ausgewiesen, für den kein Schuldbeitritt erklärt wurde. Da Solvency II keine Saldierung von Vermögenswerten und Schulden zulässt, wurde bei dem Ausweis der handelsrechtlichen Werte sowohl die volle Rückstellung als auch die korrespondierende Forderung ausgewiesen.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten im Wesentlichen Barmittel und täglich fällige Guthaben bei Banken.

Der handelsrechtliche Ansatz erfolgt zum Nennbetrag. Der unter Solvency II anzusetzende Marktwert entspricht dem Nennbetrag.

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

Hierunter fallen alle Vermögenswerte, die nicht bereits an anderer Stelle in der Solvabilitätsübersicht angesetzt sind. Dies betrifft ausschließlich aktive Rechnungsabgrenzungsposten.

Der handelsrechtliche Ansatz erfolgt grundsätzlich zum Nennbetrag. Da es sich hierbei um kurzfristige Abgrenzungsposten handelt, wird als Solvency-II-Wert vereinfachend der HGB-Wert übernommen.

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Versicherungstechnischen Rückstellungen werden getrennt für alle von der Gesellschaft betriebenen Geschäftsbereiche (siehe A.1) ermittelt. In den nachfolgenden Bereichen sind die Versicherungstechnischen Rückstellungen der Höhe nach wesentlich und werden getrennt gezeigt:

Versicherungstechnische Rückstellungen – Sachversicherung

- Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung
- See-, Luftfahrt- und Transport-versicherung
- Feuer- und andere Sachversicherungen
- Allgemeine Haftpflichtversicherung

Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung

- Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen

Zum Stichtag setzen sich die Versicherungstechnischen Rückstellungen der Gesellschaft wie folgt zusammen:

Übersicht über versicherungstechnische Rückstellungen							
<i>in Tsd. €</i>	Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	Feuer- und andere Sachversicherungen	Allgemeine Haftpflichtversicherung	Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen	Rest	Gesamt
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus Bestem Schätzwert und Risikomarge (brutto)	70.795	42.689	76.063	51.620	26.248	56.827	324.242
<i>Bester Schätzwert</i>	66.490	40.031	68.756	48.376	26.040	51.597	301.290
<i>Risikomarge</i>	4.305	2.657	7.307	3.244	208	5.231	22.952
Versicherungstechnische Rückstellungen unter HGB	97.625	75.383	122.418	88.533	24.022	85.647	493.628

Tabelle 9: Übersicht über Versicherungstechnische Rückstellungen

Grundlagen der Bewertung

In der Solvabilitätsübersicht der Gesellschaft sind für sämtliche Versicherungsverpflichtungen gegenüber Versicherungsnehmern und Anspruchsberechtigten Versicherungstechnische Rückstellungen gebildet. Diese sind in Übereinstimmung mit den Solvency II-Vorgaben auf vorsichtige, verlässliche und objektive Art und Weise berechnet.

Der Wert der Versicherungstechnischen Rückstellungen entspricht dem aktuellen Betrag, der im Falle einer unverzüglichen Übertragung der Versicherungsverpflichtungen auf ein anderes Versicherungsunternehmen zu zahlen wäre. Die Ermittlung erfolgt nach marktkonformen Prinzipien, die Versicherungstechnischen Rückstellungen sind auf Basis des besten Schätzwerts der Verpflichtungen zuzüglich einer Risikomarge berechnet. Eine Berechnung der Versicherungstechnischen Rückstellung insgesamt kommt nicht in Betracht, da bei Nichtlebensversicherungsverpflichtungen die besten Schätzwerte für die Prämien- und Schadenrückstellung getrennt zu berechnen sind.

Bester Schätzwert

Der Beste Schätzwert ist der erwartete Barwert aller zukünftigen Zahlungsströme bezüglich der Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern. Die Abzinsung der Zahlungen erfolgt mit den laufzeitabhängigen Zinssätzen der von der Aufsicht vorgegebenen risikofreien Zinsstrukturkurve.

Im Besten Schätzwert nicht enthalten sind die einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen (siehe D.1).

Methoden und Hauptannahmen

Je Geschäftsbereich werden, sofern relevant:

- Schadenrückstellung für bereits eingetretene Schäden,
- Prämienrückstellung für noch nicht eingetretene Schäden
- die Rentenverpflichtungen und
- die Versicherung mit Überschussbeteiligung; sowie die
- Risikomarge ermittelt.

Unter Solvency II wird ein bester Schätzwert für Schadenrückstellungen über die Erfahrungen der Schadenabwicklungen aus der Vergangenheit abgeleitet. Zusätzlich kommen Prämienrückstellungen und eine Risikomarge hinzu, welche unter HGB nur implizit oder gar nicht bewertet werden.

Die unter HGB bewerteten Schwankungsrückstellungen werden unter Solvency II nicht gebildet.

Bewertung der Schadenrückstellung

Die Ermittlung des besten Schätzwertes (Brutto) folgt einem vorgegebenen und etablierten Prozess:

Schadendreiecke mit den Ist-Werten der Vergangenheit bilden die Grundlage für die Ermittlung der besten Schätzwerte. Aus den Dreiecken werden mit Hilfe der Chain-Ladder Methode Prognosen der zu erwartenden Schadenendlasten ermittelt.

Die Ermittlung der undiskontierten besten Schätzung für die Schadenrückstellungen basiert ausschließlich auf internen Daten. Für die Diskontierung wird die extern vorgegebene risikofreie Zinskurve von der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung verwendet.

Nicht-Leben-Geschäft, welches nach Art der Lebensversicherung berechnet wird (anerkannte Rentenfällen aus den Geschäftsbereichen Allgemeine Haftpflichtversicherung / Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und Berufsunfähigkeitsversicherung (Unfallversicherungen), wird als Leben-Geschäft ausgewiesen.

Bewertung der Prämienrückstellung

Die Prämienrückstellung wird für etwaige Schäden aus bereits eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen gebildet. Für jedes einzelne Risiko (Versicherungsvertrag) sind sowohl das Auftreten als auch die Höhe des auftretenden Schadens unsicher; die Prämienrückstellung bildet beide Unsicherheiten angemessen ab.

Zur Berechnung der Prämienrückstellung werden auf Einzelvertragsebene, in Abhängigkeit von Zahlweise und Fälligkeit, die zukünftigen Beitragsschätzungen ermittelt. Daneben werden die erwarteten Schadenaufwendungen pro Geschäftsbereich aus dem Mittelwert der erwarteten Endschadenquoten der letzten 5 Anfalljahre abgeleitet. Diese werden mit der aus dem letzten HGB-Jahresabschluss bekannten Kostenquote (inkl. Feuerschutzsteuer, sofern für die betrachtete Sparte relevant) zur erwarteten Schaden- / Kostenquote je Geschäftsbereich zusammengeführt.

Für die Ermittlung werden auch die HGB Werte der Beitragsüberträge herangezogen.

Die beste Schätzung der Prämienrückstellung setzt sich dann zusammen aus

- den erwarteten Schaden / Kostenaufwendungen aus den Beitragsüberträgen und

- den erwarteten zukünftigen Beiträgen abzüglich der daraus erwarteten zukünftigen Schaden / Kostenaufwendungen.

Daraus wird der erwartete Cashflow ermittelt und mit der Zinsstrukturkurve diskontiert.

Bewertung der Rentenverpflichtungen

Der Beste Schätzwert für die Rentenverpflichtungen aus den Nichtlebensversicherungsverträgen muss gesondert von den übrigen Versicherungstechnischen Rückstellungen ermittelt werden. Dabei werden mathematische Methoden der Lebensversicherung verwendet. Im Gegensatz zu den Prämien- und Schadenrückstellungen werden die Zahlungsströme je anerkanntem Rentenfall projiziert.

Bei der Ermittlung werden Annahmen zur Kostenentwicklung und zur Sterblichkeit auf Basis der Rechnungsgrundlagen 2. Ordnung verwendet.

Bewertung der Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr (UBR)

Die Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr-Verträge werden dem Grundsatz „substance over form“ folgend auf die Geschäftsbereiche Versicherung mit Überschussbeteiligung, Berufsunfähigkeitsversicherung (Unfallversicherung) und Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen aufgeteilt.

Die Berechnung der Versicherungstechnischen Rückstellungen für Rentenfälle der UBR erfolgt wie bei der klassischen Unfallversicherung.

Der Beste Schätzwert für Versicherung mit Überschussbeteiligung (UBR-Sparanteil) mithilfe mathematischer Methoden der Lebensversicherung bewertet. Dabei werden die Zahlungsströme je Vertrag einzeln projiziert. Die Bestimmung der Zahlungsströme erfolgt in Abhängigkeit von biometrischen Daten. Neben dem Zahlungsstrom für die Leistung erfolgt die Bewertung des Zahlungsstromes für garantierte und zukünftige Zinsüberschüsse.

Risikomarge

Die Risikomarge soll die Übertragungsmöglichkeit der Versicherungsverpflichtungen auf ein anderes Versicherungsunternehmen sicherstellen. Sie ist der theoretische Aufschlag auf den Besten Schätzwert, den das übernehmende Unternehmen für die in den Verpflichtungen enthaltenen nicht-hedgebaren Risiken verlangen würde. Die Risikomarge wird bestimmt als Barwert der Kosten, die für die Bereitstellung anrechnungsfähiger Eigenmittel in Höhe der Solvenzkapitalanforderung (siehe E.2) für die Bedeckung der nicht-hedgebaren Risiken bis zum Ablauf des Bestandes anfallen.

Die wesentliche Grundlage für die Berechnung der Risikomarge ist die Projektion der Solvabilitätskapitalanforderung für die nicht-hedgebaren Risiken über die Restlaufzeit des Versicherungsbestands, denn der Kapitalkostensatz sowie die zur Diskontierung zu verwendenden Zinssätze sind vorgegeben.

Da eine exakte Projektion mit den branchenüblichen Modellen in der Regel nicht möglich ist, sind verschiedene Vereinfachungsstufen vorgesehen. Die Gesellschaft verwendet die Vereinfachungsstufe 2, bei der die einzelnen Solvenzkapitalanforderungen für die relevanten Risiko(unter)module der Standardformel jeweils anhand eines geeigneten Treibers

ausgehend vom Bewertungsstichtag in die Zukunft fortgeschrieben wird. Die Vereinfachung beruht also auf der Annahme, dass sich die betroffenen einzelnen Solvenzkapitalanforderungen proportional zu den verwendeten Treibern entwickeln werden. Zusätzlich wird die Risikomarge für jeden Geschäftsbereich getrennt berechnet. Die Aggregation der einzelnen Solvenzkapitalanforderungen erfolgt in jedem Projektionsjahr mit den in der Standardformel vorgegebenen Korrelationen. Auf diese Weise werden die Diversifikationseffekte zwischen den Risikomodulen im Zeitverlauf korrekt berücksichtigt.

Unterschiede zwischen Solvency-II-Werten und HGB-Werten

Es gibt eine Reihe von grundsätzlichen Unterschieden zwischen der HGB-Bilanz und der Solvabilitätsübersicht sowohl hinsichtlich der Bewertung der Versicherungstechnischen Rückstellungen als auch in der Darstellung der einzelnen Bilanzpositionen. Die wesentlichen Unterschiede werden in diesem Kapitel dargestellt.

- Annahmen: Während Solvency-II-Werte auf Besten Schätzwerten, der Risikomarge und marktkonsistenten Annahmen beruhen, werden die HGB-Werte mit vorsichtigen Annahmen berechnet. Hierunter versteht man, dass unter HGB Annahmen beispielsweise zu Biometrie und Kosten mit Sicherheitsspannen versehen sind und die Bewertung zukünftiger Zahlungsströme im Wesentlichen auf tariflichen Zinssätzen basiert. Unter HGB werden Rechnungsgrundlagen erster Ordnung und unter Solvency II zweiter Ordnung verwendet. Die Schadenrückstellungen werden unter Solvency II diskontiert, unter HGB findet keine Diskontierung statt.
- Abgrenzung des Versicherungsbestands zum Bewertungsstichtag: Die Versicherungsbestände, die der jeweiligen Bewertung zugrunde liegen, unterscheiden sich nach HGB und nach Solvency II. Unter HGB gehören Versicherungsverträge, die zwar vor dem Stichtag geschlossen worden sind, aber deren Versicherungsbeginn ausgehend vom Stichtag in der Zukunft liegt, nicht zum Bestand. Unter Solvency II gehören alle vor oder zum Bewertungsstichtag geschlossenen Versicherungsverträge zum Bestand, auch wenn der Versicherungsbeginn in der Zukunft liegt.
- Schadenrückstellungen: In HGB sind die Schadenrückstellungen gemäß dem Vorsichtsprinzip (Grundlagen ordnungsgemäßer Buchführung) gebildet, während unter Solvency II die wahrscheinlichsten Rückstellungen (Best Estimate) angesetzt werden. Die dabei verwendeten Methoden zur Berechnung des besten Schätzwertes der Schadenrückstellung entsprechen den gleichen wie für die HGB-Reserveanalyse. Unter Solvency II erfolgt eine Diskontierung mit einer risikolosen Zinsstrukturkurve.
- Deckungsrückstellungen: Die HGB-Deckungsrückstellung wird mit vorsichtigen Rechnungsgrundlagen 1. Ordnung berechnet. Das heißt, dass alle Rechnungsgrundlagen (Ausscheidewahrscheinlichkeiten, Kostensätze, Rechnungszinssätze) mit Sicherheitsspannen versehen sein müssen. Der Verantwortliche Aktuar muss dabei sicherstellen, dass diese Sicherheitsspannen ausreichend sind. Unter Solvency II wird der beste Schätzwert mit realistischen Rechnungsgrundlagen ohne Sicherheitsspannen (2. Ordnung) berechnet. Die Risikomarge deckt die Finanzierung des Kapitalbedarfs u. a. für versicherungstechnische Risiken ab.

- Rechnungszinsen: Zur Diskontierung wird unter HGB der jeweilige tarifliche Rechnungszinssatz, maximal der Höchstrechnungszinssatz gemäß Deckungsrückstellungsverordnung, verwendet. In den ersten 15 Jahren (ausgehend vom Bewertungsstichtag) wird ein niedrigerer Zins angesetzt, wenn der tarifliche Rechnungszinssatz höher ist als der Mittelwert der 10-jährigen Euro-Zinsswapsätze der letzten 10 Jahre. Unter Solvency II wird dagegen eine aktuelle risikolose Zinsstrukturkurve (vorgegeben von der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung) verwendet.
- Optionen der Versicherungsnehmer: Unter HGB werden bei der Bewertung keine Optionen der Versicherungsnehmer berücksichtigt. Unter Solvency II dagegen werden diese Optionen (wie zum Beispiel Storno) bei der Berechnung der versicherungstechnischen Zahlungsströme in Form von Optionsausübungswahrscheinlichkeiten explizit berücksichtigt.
- Beitragsüberträge: Beitragsüberträge werden in der HGB-Bilanz explizit ausgewiesen. In der Solvabilitätsübersicht wird diese Position implizit im Besten Schätzwert berücksichtigt.
- Passive Rückversicherung: In der HGB-Bilanz werden Anteile der Rückversicherer an versicherungstechnischen Rückstellungen direkt auf der Passivseite als negativer Posten angesetzt und die jeweilige Rückstellung somit als Nettobetrag dargestellt. In der Solvency-II-Bilanz werden die versicherungstechnischen Rückstellungen stets brutto angesetzt; die einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen werden auf der Aktivseite geführt.

Als Folge des abweichenden Bewertungsansatzes liegt der Solvency-II-Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen um 169.386 Tsd. Euro unter dem HGB-Wert..

Grad der Unsicherheit, mit dem der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen behaftet ist

Unsicherheiten, die zu einer wesentlich verfälschten Darstellung der Solvabilitätsübersicht und insbesondere der versicherungstechnischen Rückstellungen führen würden, liegen nach dem aktuellen Kenntnisstand nicht vor.

Aus Sicht der Gesellschaft könnten sich Unsicherheiten in der Bewertung in den folgenden Bereichen ergeben:

- die unvermeidlichen Vereinfachungen jedes Modells gegenüber der Realität;
- Schätzunsicherheiten in den verwendeten Annahmen in der Schadenentwicklung (im Wesentlichen: Zeitpunkt, Häufigkeit und Schwere der Schadenereignisse, Endschadenhöhe, Abwicklungsdauer, Inflation);
- Schätzunsicherheiten in den verwendeten Annahmen zu der Kostenentwicklung;
- Schätzunsicherheiten in den verwendeten Annahmen zu dem Kundenverhalten;
- Vereinfachungen in der Projektion der versicherungstechnischen Zahlungsströme.

Das verwendete Modell bildet realitätsnahe zukünftige Entwicklungen von Schäden und Kosten ab. Dies unterliegt jedoch einer gewissen Unsicherheit, da die Zukunft nicht exakt

vorhergesagt werden kann. Dennoch erfasst das zu Grunde liegende Modell alle wesentlichen Aspekte, die für eine Bewertung zu Solvabilitätszwecken erforderlich sind. Gemäß dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sind Vereinfachungen zulässig, soweit sie angemessen sind in Bezug auf die Art, den Umfang und die Komplexität der Risiken des Unternehmens. Dies ist aus Sicht der Gesellschaft grundsätzlich gegeben. Bei der Berechnung der Risikomarge und der Aufteilung auf die Geschäftsbereiche (siehe Beschreibung des Verfahrens weiter oben) werden Verfeinerungen für sinnvoll erachtet und entsprechend umgesetzt.

Um die Schätzunsicherheiten bei den verwendeten Annahmen so gering wie möglich zu halten, werden diese laufend überwacht und bei Bedarf in regelmäßigen Abständen aktualisiert.

Die Angemessenheit der verwendeten Modelle und Annahmen wird von der Versicherungsmathematischen Funktion (siehe B.6) gewährleistet. Die dargestellten Unsicherheiten führen nach Einschätzung der Gesellschaft nicht zu einer wesentlich verfälschten Darstellung der Versicherungstechnischen Rückstellungen.

Sonstige Anpassungen und Übergangsmaßnahmen

Die Gesellschaft hat keine Matching-Anpassung an die maßgebliche risikofreie Zinskurve gemäß §80 VAG sowie keine Volatilitätsanpassung gemäß §82 VAG vorgenommen und verwendet weder die Übergangsmaßnahme bei risikofreien Zinssätzen gemäß §351 VAG noch bei den Versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß §352 VAG.

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Übersicht über Sonstige Verbindlichkeiten			
<i>in Tsd. €</i>	<i>Solvency-II-Wert</i>	<i>Bewertung nach HGB</i>	Δ <i>SII vs. HGB</i>
Andere Rückstellungen als Versicherungstechnische Rückstellungen	9.708	10.079	-371
Rentenzahlungsverpflichtungen	102.742	63.668	39.074
Depotverbindlichkeiten	7.538	7.538	0
Latente Steuerschulden	46.265	-	46.265
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16	16	0
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	16.651	16.651	0
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	1.351	1.351	0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	31.446	31.446	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	27	27	0

Tabelle 10: Übersicht über sonstige Verbindlichkeiten

Andere Rückstellungen als Versicherungstechnische Rückstellungen

Hierunter fallen Steuer- und Altersteilzeitrückstellungen (einschließlich sonstiger langfristiger Personalrückstellungen) und sonstige Rückstellungen, welche nicht bereits an anderer Stelle ausgewiesen werden.

Der handelsrechtliche Ansatz der Steuerrückstellungen und der Sonstigen Rückstellungen erfolgt grundsätzlich zum Erfüllungsbetrag. Die Berechnung der handelsrechtlichen Sonstigen Rückstellungen erfolgt unter Anwendung des § 253 Abs. 1 und 2 HGB. Da es sich um kurzfristige Verpflichtungen handelt, wird als Solvency-II-Wert vereinfachend der HGB-Wert übernommen.

Der Solvency-II-Wert der Altersteilzeitrückstellungen (einschließlich sonstiger langfristiger Personalrückstellungen) erfolgt nach IAS 19 gemäß der Projected-Unit-Credit-Methode. Als Rechnungsgrundlage werden die „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck unter Ansatz eines Rechnungszinses von 0,631 % (Altersteilzeitrückstellungen) und 1,756 % (sonstige langfristige Personalrückstellungen) und gegebenenfalls einer Gehaltsdynamik von 2,00 % p.a. verwendet.

Der handelsrechtliche Wert wird bei den sonstigen langfristigen Personalrückstellungen ebenfalls nach der Projected-Unit-Credit-Methode bestimmt, jedoch mit einem höheren Rechnungszins von 3,23 %. Die handelsrechtlichen Altersteilzeitrückstellungen berechnen sich gemäß IDW ERS HFA 3 mit einem Rechnungszins von 1,79 %.

Der Bewertungsunterschied zwischen Solvency-II-Wert und HGB-Wert ist auf die unterschiedlichen Zinssätze bei der Berechnung der Altersteilzeit- und der sonstigen langfristigen Personalrückstellungen zurückzuführen.

Rentenzahlungsverpflichtungen

Die Rentenzahlungsverpflichtungen beinhalten Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gegenüber den Mitarbeitern.

Die Ermittlung des Solvency-II-Wertes erfolgt nach IAS 19 gemäß der Projected-Unit-Credit-Methode. Als Rechnungsgrundlage werden die „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck unter Ansatz eines Rechnungszinses von 1,828 % und einer Gehaltsdynamik von 2,00-2,25 % p.a. (und gegebenenfalls einer Fluktuation von 2 %) verwendet.

Der HGB-Wert wird nach dem modifizierten Teilwertverfahren mit den gleichen Rechnungsgrundlagen und Dynamikannahmen bestimmt, jedoch mit einem höheren Rechnungszins von 4,01 %.

Die im Vergleich zur HGB- Bilanz höhere Pensionsverpflichtung resultiert aus dem Ausweis des Schuldbeitritts der Continentale Holding AG. Siehe hierzu die Ausführungen unter Kapitel D.1 - Forderungen (Handel, nicht Versicherung).

Depotverbindlichkeiten

Der handelsrechtliche Ansatz der Depotverbindlichkeiten aus der passiven Rückversicherung erfolgt zum Erfüllungsbetrag. Als Solvency-II-Wert wird vereinfachend der HGB-Wert übernommen.

Latente Steuerschulden

Aufgrund der Neubewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten weichen die Bewertungen der Solvabilitätsübersicht nicht nur von den handelsrechtlichen Werten, sondern auch von der Bewertung in der Steuerbilanz wesentlich ab. Bei Realisierung dieser temporären Bewertungsunterschiede ergeben sich Auswirkungen auf zukünftige Steuerzahlungen, welche in der Solvabilitätsübersicht unter den Positionen zu den latenten Steuern berücksichtigt werden müssen. Mögliche zukünftige Steuerzahlungen werden unter latenten Steuerschulden, mögliche zukünftige Steuerrückforderungen unter latenten Steueransprüchen (siehe D.1) erfasst.

Die Berechnung der Steuerabgrenzung erfolgt mit dem zum Zeitpunkt der Auflösung gültigen Steuersatz. Für der Berechnung der Passiven latenten Steuern ist ein Steuersatz von 33 % beziehungsweise 1,6 % angesetzt (vgl. Kapitel D.1 Latente Steueransprüche). Wesentlicher Auslöser für Passive Steuerlatenzen besteht in der Differenzbewertung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle.

Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt grundsätzlich für jeden Vermögenswert und jede Verbindlichkeit einzeln; eine Diskontierung oder Saldierung findet nicht statt. Eine vergleichbare Position in der HGB-Bilanz existiert nicht, sodass sich ein Bewertungsunterschied in Höhe des Solvency-II-Wertes ergibt.

Bei den latenten Steuerschulden handelt es sich nicht um tatsächliche Steuerverbindlichkeiten, sondern um eine rein theoretische Bewertung im Rahmen der Solvabilitätsbetrachtung. Die in der HGB-Bilanz angesetzten Steuerrückstellungen sind in der Position Andere Rückstellungen als Versicherungstechnische Rückstellungen enthalten.

Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Die Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern beinhalten fällige Beträge aus Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsunternehmen, Versicherungsnehmern und Vermittlern, die keine Versicherungstechnischen Rückstellungen sind.

Der handelsrechtliche Ansatz erfolgt zum Erfüllungsbetrag. Da es sich hierbei um kurzfristige Außenstände handelt, wird als Solvency-II-Wert vereinfachend der HGB-Wert übernommen.

Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern

Die Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern beinhalten Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft.

Der handelsrechtliche Ansatz erfolgt zum Erfüllungsbetrag. Da diese Position ausschließlich kurzfristige Außenstände beinhaltet, wird als Solvency-II-Wert vereinfachend der HGB-Wert übernommen.

Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)

Die Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung) beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber Konzerngesellschaften und der öffentlichen Hand.

Der handelsrechtliche Ansatz erfolgt zum Erfüllungsbetrag. Da es sich um kurzfristige Außenstände handelt, wird als Solvency-II-Wert vereinfachend der HGB-Wert übernommen

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten

Hierunter fallen alle Verbindlichkeiten, die nicht bereits an anderer Stelle in der Solvabilitätsübersicht angesetzt sind. Hierbei handelt es sich ausschließlich um passive Rechnungsabgrenzungsposten.

Der handelsrechtliche Ansatz erfolgt zum Erfüllungsbetrag. Da es sich hierbei um kurzfristige Abgrenzungsposten handelt, wird als Solvency-II-Wert vereinfachend der HGB-Wert übernommen.

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Sofern bei der Bestimmung von Solvency-II-Werten, die keine Versicherungstechnischen Rückstellungen sind, die Verwendung notierter Marktpreise nicht möglich ist, werden alternative Bewertungsmethoden angewendet. Diese stützen sich so wenig wie möglich auf unternehmensspezifische Inputfaktoren und so weit wie möglich auf relevante Marktdaten.

Wie in D.1 und D.3 beschrieben, werden für folgende Positionen der Solvabilitätsübersicht alternative Bewertungsmethoden verwendet:

Übersicht über alternativ bewertete Bilanzpositionen	
Position in der Solvabilitätsübersicht	alternative Bewertungsmethoden
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen (ohne Investmentfonds)	Adjusted-Equity-Methode, Ertragswertverfahren, Substanzwertverfahren
Staatsanleihen und Unternehmensanleihen (sofern nicht börsennotiert)	Discounted Cash-Flow-Methode, Verwendung eines Optionspreismodells
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	Discounted Cash-Flow-Methode,
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	Übernahme des steuerlichen Teilwertes
Andere Rückstellungen als Versicherungstechnische Rückstellungen (Altersteilzeitrückstellungen) und Rentenzahlungsverpflichtungen	Projected Unit-Credit-Methode
Alle sonstigen nicht mit beobachtbaren Marktpreisen bewerteten Bilanzpositionen	Übernahme des handelsrechtlichen Wertes

Tabelle 11: Übersicht über alternativ bewertete Bilanzpositionen

Bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen einschließlich Beteiligungen existiert für die übrigen Beteiligungen (Beteiligungen, die gemäß Kapitel D.1 nicht nach den für Organismen für gemeinsame Anlagen geltenden Bestimmungen bewertet werden) kein notierter Marktpreis. Für Unternehmen, die vollkonsolidiert in die Gruppenberechnung einfließen, wird das Adjusted-Equity-Bewertungsverfahren angewendet. Bei den weiteren Beteiligungen, die weder nach den für Organismen für gemeinsame Anlagen geltenden Bestimmungen noch mit der Adjusted-Equity-Methode bewertet werden, wird aus Wesentlichkeitsgründen der

handelsrechtliche Zeitwert verwendet, der auf Basis des Ertragswertverfahrens oder des Substanzwertverfahrens ermittelt wurde.

Beim Ertragswertverfahren werden auf den Stichtag abgezinste, künftige Einzahlungsüberschüsse aus der unternehmerischen Tätigkeit betrachtet. Der hierbei verwendete Kapitalisierungszinssatz basiert auf einem risikolosen Zinssatz (Svensson-Methode), der Marktrisikoprämie und auf dem Beta-Faktor. Darüber hinaus wird ein Wachstumsabschlag bei der Berechnung berücksichtigt. Beim Substanzwertverfahren werden die Vermögenswerte und Schulden anhand von Kriterien wie zum Beispiel deren Marktwert, Wiederbeschaffungswert oder Liquidationswert bewertet.

Bei den nicht notierten Staatsanleihen und den Unternehmensanleihen in der Direktanlage erfolgt die Bewertung anhand eines Discounted Cash-Flow Modelles unter Berücksichtigung des risikolosen Zinses sowie eines individuellen bonitätsbedingten Zuschlags je Emittent (Spread), da für diese Anleihen keine Marktpreise vorliegen. Sofern die Anleihen zusätzlich Emittentenkündigungsrechte enthalten, werden diese mit einem Optionspreismodell unter Berücksichtigung der aktuellen Marktbedingungen bewertet.

Bei den Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen handelt es sich um nicht notierte Darlehen an Privatpersonen. Da für diese Darlehen keine Marktpreise vorliegen, erfolgt die Bewertung anhand eines Discounted Cash-Flow-Modells unter Berücksichtigung des risikolosen Zinses sowie eines individuellen Zuschlages (Spread), der eine vorhandene Besicherung der Darlehen berücksichtigt. Zusätzlich wird dem gesetzlichen Kündigungsrecht des § 489 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) Rechnung getragen.

Bei den Forderungen (Handel, nicht Versicherung) wird die Forderung der Gesellschaft gegenüber der Continentale Holding AG, die eine Erfüllungszusage für die Pensionsverpflichtungen der Gesellschaft geleistet hat, umbewertet. Da unter Solvency II die Pensionsrückstellung gemäß IAS 19 vollständig abgebildet werden muss, bilanziert die Gesellschaft eine zusätzliche Forderung, die sich aus diesem Schuldbeitritt ergibt. Die Höhe dieser Forderung richtet sich hierbei an der Höhe der Pensionszusage, die nach dem modifizierten Teilwertverfahren (HGB) ermittelt wurde. Unter Solvency II wird hingegen der steuerliche Teilwert angesetzt.

Die langfristigen Personalrückstellungen unter den Positionen Andere Rückstellungen als Versicherungstechnische Rückstellungen sowie Rentenzahlungsverpflichtungen werden unter Solvency II gemäß International Accounting Standards (IAS) 19 mit der Projected Unit-Credit-Methode bewertet. Die Abzinsung erfolgt durch den zum Stichtag relevanten Zinssatz nach internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS), der wiederum auf Basis von „high quality corporate bonds“ ermittelt wird.

Für alle sonstigen nicht mit beobachtbaren Marktpreisen bewerteten Bilanzpositionen übernimmt die Gesellschaft die handelsrechtlichen Werte. Diese Vereinfachung ist entweder regulatorisch wegen der kurzfristigen Laufzeit der betroffenen Forderungen und Verbindlichkeiten anerkannt oder die entsprechende Vereinfachung ist nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit und Wesentlichkeit angemessen.

Die Angemessenheit der Bewertung der oben genannten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf Basis alternativer Bewertungsmethoden wird einer regelmäßigen Überprüfung vor dem Hintergrund der gewonnenen Erfahrungen unterzogen.

Nach Einschätzung der Gesellschaft hat die Anwendung der alternativen Bewertungsmethoden in den dargestellten Bereichen keinen wesentlichen Einfluss auf die Solvabilitätsübersicht.

D.5 Sonstige Angaben

Es gibt keine weiteren wesentlichen Informationen zur Bewertung für Solvabilitätszwecke der Gesellschaft.

E. Kapitalmanagement

E.1 Eigenmittel

Die Wachstumsziele der Gesellschaft werden entsprechend der Risikostrategie auf Basis des vorhandenen Risikokapitals festgelegt, wobei den aufsichtsrechtlichen Anforderungen im Sinne von Mindeststandards entsprochen wird. Eine Hauptperspektive ist hierbei die Betrachtung der Solvenzkapitalanforderung mit dem Ziel, sicherzustellen, dass die aus dem Geschäftsbetrieb resultierenden Risiken mindestens mit einem Zeithorizont von drei Jahren mit geeigneten Eigenmitteln bedeckt werden können. Die Basis für die Projektion bildet die Unternehmensplanung.

Das Kapitalmanagement sorgt dafür, dass nicht nur aktuell, sondern im gesamten Planungszeitraum die vorhandenen Eigenmittel die Eigenmittelanforderungen übersteigen. Das Kapitalmanagement beinhaltet die Eigenkapitalbeschaffung, die Kapitalplanung und die laufende Überwachung der Kapitaltragfähigkeit. Prozesse und Verantwortlichkeiten sind in einer unternehmenseigenen Richtlinie festgelegt.

Ein wesentliches Element des Kapitalmanagements der Gesellschaft ist die Gewinnthesaurierung, das heißt Erträge werden grundsätzlich thesauriert, unter anderem um eine kontinuierliche Verbesserung der Solvabilität zu erreichen.

Wesentliche Änderungen in den Zielsetzungen und angewandten Verfahren des Kapitalmanagements haben sich im Berichtszeitraum nicht ergeben.

Die verfügbaren Eigenmittel ergeben sich als Summe aus Basiseigenmitteln und ergänzenden Eigenmitteln. Ausgangspunkt für die Bestimmung der verfügbaren Basiseigenmittel ist der Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten aus der Solvabilitätsübersicht (siehe D.). Ergänzende Eigenmittel sind außerbilanzielle Eigenmittel, die zum Ausgleich von Verlusten eingefordert werden können. Für die Gesellschaft werden keine ergänzenden Eigenmittel angesetzt.

Die verfügbaren Eigenmittel werden gemäß regulatorischer Anforderungen (insbesondere hinsichtlich ihrer Verfügbarkeit und Nachrangigkeit gegenüber anderen Verbindlichkeiten) in drei Qualitätsklassen (Tiers) eingestuft. Tier 1 stellt dabei die höchste Qualitätsklasse dar.

Die Klassifizierung der Eigenmittelbestandteile in Tiers bildet die Grundlage für die Anwendung der quantitativen Anrechnungsgrenzen zur Ermittlung der anrechnungsfähigen Eigenmittel.

Aus der Tier-Klassifikation ergeben sich schließlich die zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung und der Mindestkapitalanforderung anrechnungsfähigen Eigenmittel.

Verfügbare Basiseigenmittel

Insgesamt ergeben sich verfügbare Basiseigenmittel von 166.754 Tsd. Euro. Die nachfolgende Tabelle enthält die relevanten Komponenten der verfügbaren Basiseigenmittel:

Übersicht über die verfügbaren Basiseigenmittel				
<i>in Tsd. €</i>	Tier 1	Tier 2	Tier 3	Gesamt
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	171.754	0	0	171.754
<i>Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)</i>	20.000	0	0	20.000
<i>Ausgleichsrücklage</i>	146.754	0	0	146.754
<i>Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte</i>	5.000	0	0	5.000
Verfügbare Basiseigenmittel	166.754	0	0	166.754

Tabelle 12: Übersicht über die verfügbaren Basiseigenmittel

Insgesamt ergeben sich somit 166.754 Tsd. Euro verfügbare Basiseigenmittel der höchsten Qualitätsklasse Tier 1. Die Differenz von 5.000 Tsd. Euro zwischen dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten und den Verfügbaren Basiseigenmitteln ist zurückzuführen auf die vorhersehbare Dividendenzahlung in dieser Höhe.

Sämtliche Basiseigenmittel sind uneingeschränkt und unbegrenzt verfügbar.

Die Position Grundkapital umfasst das gezeichnete Kapital der Gesellschaft und ist eingeteilt in 500.000 Stückaktien im Nennwert von je 40,00 EUR. Alle Aktien lauten auf den Namen. Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen bestehen nicht. Das Grundkapital erfüllt die Anforderungen an Tier-1-Eigenmittel.

Die Ausgleichsrücklage umfasst die Bewertungsunterschiede zwischen Solvency-II-Wert und HGB-Wert hinsichtlich des Überschusses der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten sowie weitere Teile des handelsrechtlichen Eigenkapitals. Ein Abzug für vorhersehbare Ausschüttungen an Anteilseigner ist erforderlich, da diese zum Fälligkeitsdatum dieses Berichts vorhersehbar sind. Die Ausgleichsrücklage erfüllt die Anforderungen an Tier-1-Eigenmittel.

Anrechnungsfähige Eigenmittel

Zur Bestimmung der anrechnungsfähigen Eigenmittel sind neben der Eigenmittelqualität zusätzlich die nachfolgenden quantitativen Anforderungen an die Zusammensetzung der zur Bedeckung der Kapitalanforderungen heranzuziehenden Eigenmittel zu beachten.

Klasse	SCR-Bedeckung	MCR-Bedeckung
Tier 1	Min. 50 %	Min. 80 %
Tier 2	Max. 50 %	Max. 20 %
Tier 3	Max. 15 %	keine

Tabelle 13: Tier-Anrechnungsgrenzen in Bezug auf die Kapitalanforderungen

Die verfügbaren Eigenmittel in Höhe von 166.754 Tsd. Euro sind in vollem Umfang für die Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung und der Mindestkapitalanforderung anrechnungsfähig. Die Anrechnungsgrenzen wirken nicht, da die Gesellschaft zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung und der Mindestkapitalanforderung ausschließlich Tier-1-Eigenmittel heranzieht.

Unterschied zum handelsrechtlichen Eigenkapital

Der Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten aus der Solvabilitätsübersicht beträgt 171.754 Tsd. Euro. Er übersteigt damit das handelsrechtliche Eigenkapital in Höhe von 60.597 Tsd. Euro um 111.157 Tsd. Euro. Diese Abweichung ist im Wesentlichen zurückzuführen auf

- die marktnahe Bewertung der Versicherungstechnischen Rückstellungen als Bester Schätzwert zuzüglich Risikomarge (siehe D.2, Unterschied in Höhe von -169.386 Tsd. Euro),
- als mindernder Effekt die aus der marktnahen Bewertung der Versicherungstechnischen Rückstellungen resultierenden Bewertungsunterschiede der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen (siehe D.1, Unterschied in Höhe von -38.346 Tsd. Euro),
- Bewertungsreserven aus der marktnahen Bewertung der Kapitalanlagen in Höhe von 27.731 Tsd. Euro (siehe D.1),
- Bewertungsunterschiede bei Sonstigen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht, inklusive der Effekte aus dem Ansatz latenter Steueransprüche (siehe D.1, Unterschied in Höhe von 31.428 Tsd. Euro) und -schulden (siehe D.3, Unterschied in Höhe von 46.265 Tsd. Euro) und Rentenzahlungsverpflichtungen (siehe D.3, Unterschied in Höhe von 39.074 Tsd. Euro).

E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Um die Leistungen an Versicherungsnehmer bei Eintritt auch sehr unwahrscheinlicher Risiken sicherzustellen, müssen Versicherungsunternehmen einen Kapitalpuffer (Eigenmittel) vorhalten. Wesentliche aufsichtsrechtliche Sollgröße für den geforderten Kapitalpuffer ist die Solvenzkapitalanforderung. Sie wird so festgelegt, dass bei Einhaltung der Solvenzkapitalanforderung (das heißt bei einer Bedeckungsquote von 100 %) die Leistungen an Versicherungsnehmer auch bei Eintritt eines extremen Stressszenarios (200-Jahres-Ereignis) gesichert sind.

Bei der Berechnung der Solvenz- und Mindestkapitalanforderung werden folgende Vereinfachungen angewendet: Im Risikomodul Lebensversicherungstechnisches Risiko wird das Sterblichkeitsrisiko in Höhe von 20 Tsd. Euro approximativ berechnet. Das

Sterblichkeitsrisiko stellt 1,01 % des lebensversicherungstechnischen Risikos (vor Diversifikation) dar. Es werden keine unternehmensspezifischen Parameter gemäß § 109 (2) VAG verwendet.

Solvenzkapitalanforderung

Die Solvenzkapitalanforderung wird für die Gesellschaft auf Basis der Standardformel ermittelt. Für diejenigen Risikomodule der Standardformel, die dabei aufgrund des Risikoprofils der Gesellschaft von Bedeutung sind (siehe C.), werden die einzelnen Solvenzkapitalanforderungen in der folgenden Tabelle dargestellt.

Zusammensetzung der Solvenzkapitalanforderung (in Tsd. €)	
Marktrisiko	49.261
Gegenparteausfallrisiko	8.642
Lebensversicherungstechnisches Risiko	1.498
Krankenversicherungstechnisches Risiko	13.752
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	87.579
Diversifikation	-42.658
Basissolvenzkapitalanforderung	118.073
Operationelles Risiko	10.195
Verlustrückstellungsfähigkeit der latenten Steuern	-14.837
Verlustrückstellungsfähigkeit der Versicherungstechnischen Rückstellungen	-42
Solvenzkapitalanforderung (SCR)	113.389

Tabelle 14: Zusammensetzung der Solvenzkapitalanforderung

Die Basissolvenzkapitalanforderung wird dominiert vom Nichtlebensversicherungstechnischen Risiko und vom Marktrisiko. Risikomindernd wirken primär Diversifikationseffekte zwischen den einzelnen Risiken sowie die Verlustrückstellungsfähigkeit latenter Steuern. Die Verlustrückstellungsfähigkeit besteht darin, dass in einem Stressszenario zukünftige Steuerzahlungen geringer ausfallen können und sich hierdurch die Leistungsverpflichtungen des Versicherers entsprechend reduzieren. Dies mindert die Höhe des Risikos für das Versicherungsunternehmen in einem solchen Szenario.

Die Solvenzkapitalanforderung hat sich zum Stichtag im Vergleich zum 1. Januar 2016 nicht um 15 % oder mehr verändert.

Gemäß Artikel 297 Absatz 2 Buchstabe (a) der Delegierten Verordnung ist an dieser Stelle der Hinweis notwendig, dass der Betrag der Solvenzkapitalanforderung noch der aufsichtlichen Prüfung unterliegt.

Mindestkapitalanforderung

Zusätzlich zur Solvenzkapitalanforderung soll die Mindestkapitalanforderung (MCR) ein Mindestniveau gewährleisten, unter das die Eigenmittel keinesfalls absinken dürfen. Dieses Niveau wird nach einer einfachen Formel in Abhängigkeit vom Geschäftsumfang des

Versicherungsunternehmens (insbesondere der Höhe der Versicherungstechnischen Rückstellungen und des riskierten Kapitals) bestimmt, liegt jedoch stets zwischen 25 % und 45 % der Solvenzkapitalanforderung. Für die Gesellschaft beträgt die Mindestkapitalanforderung 40.047 Tsd. Euro. Die Mindestkapitalanforderung hat sich zum Stichtag im Vergleich zum 1. Januar 2016 nicht um 7,5 % oder mehr verändert.

Bedeckungsquoten

Die resultierenden Bedeckungsquoten in Höhe von 147,1 % (SCR-Quote) und 416,4 % (MCR-Quote) ergeben sich jeweils als Quotient aus anrechnungsfähigen Eigenmitteln (166.754 Tsd. Euro) und der Solvenz- (113.389 Tsd. Euro) beziehungsweise Mindestkapitalanforderung (40.047 Tsd. Euro).

Damit liegen die Bedeckungsquoten deutlich über den aufsichtsrechtlichen Anforderungen nach Solvency II und die aktuelle Risikosituation liegt innerhalb der Risikotragfähigkeit des Unternehmens.

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Deutschland hat keinen Gebrauch von der Option gemacht, die Verwendung eines durationsbasierten Submoduls Aktienrisiko zuzulassen. Dementsprechend verwendet die Gesellschaft kein durationsbasiertes Untermodul Aktienrisiko zur Ermittlung der Solvenzkapitalanforderung.

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Die Gesellschaft verwendet keine internen Modelle zur Ermittlung der Solvenzkapitalanforderung.

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Im Berichtszeitraum ist keine Nichteinhaltung der Mindest- oder der Solvenzkapitalanforderung gemäß § 40 Absatz 5 VAG eingetreten.

E.6 Sonstige Angaben

Es gibt keine weiteren wesentlichen Informationen zum Kapitalmanagement der Gesellschaft.

Anhang I

Im Folgenden sind ausschließlich die für die Gesellschaft relevanten QRTs angehängt.

Anhang I**S.02.01.02****Bilanz (Seite 1)****Vermögenswerte**

Immaterielle Vermögenswerte

Latente Steueransprüche

Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen

Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf

Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)

Immobilien (außer zur Eigennutzung)

Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

Aktien

Aktien – notiert

Aktien – nicht notiert

Anleihen

Staatsanleihen

Unternehmensanleihen

Strukturierte Schuldtitel

Besicherte Wertpapiere

Organismen für gemeinsame Anlagen

Derivate

Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten

Sonstige Anlagen

Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge

Darlehen und Hypotheken

Policendarlehen

Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen

Sonstige Darlehen und Hypotheken

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:

Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen

Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen

nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen

Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen

Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen

nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen

Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen

Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden

Depotforderungen

Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Forderungen gegenüber Rückversicherern

Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

Eigene Anteile (direkt gehalten)

In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

Vermögenswerte insgesamt

	Solvabilität-II- Wert
	C0010
R0030	0
R0040	31.428
R0050	0
R0060	1.161
R0070	463.372
R0080	0
R0090	89.970
R0100	62
R0110	0
R0120	62
R0130	323.233
R0140	47.714
R0150	275.519
R0160	0
R0170	0
R0180	50.107
R0190	0
R0200	0
R0210	0
R0220	0
R0230	3.989
R0240	138
R0250	3.852
R0260	0
R0270	94.661
R0280	73.114
R0290	72.182
R0300	932
R0310	21.547
R0320	3.557
R0330	17.990
R0340	
R0350	6.482
R0360	14.075
R0370	7.317
R0380	82.602
R0390	0
R0400	
R0410	5.318
R0420	1.334
R0500	711.740

Anhang I
S.02.01.02
Bilanz (Seite 2)

Verbindlichkeiten

Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung
 Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)
 Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet
 Bester Schätzwert
 Risikomarge
 Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)
 Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet
 Bester Schätzwert
 Risikomarge
 Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)
 Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)
 Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet
 Bester Schätzwert
 Risikomarge
 Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)
 Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet
 Bester Schätzwert
 Risikomarge
 Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen
 Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet
 Bester Schätzwert
 Risikomarge
 Eventualverbindlichkeiten
 Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen
 Rentenzahlungsverpflichtungen
 Depotverbindlichkeiten
 Latente Steuerschulden
 Derivate
 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
 Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
 Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern
 Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern
 Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)
 Nachrangige Verbindlichkeiten
 Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten
 In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten
 Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten insgesamt

Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten

	Solvabilität-II- Wert
	C0010
R0510	269.519
R0520	253.859
R0530	
R0540	234.811
R0550	19.048
R0560	15.660
R0570	
R0580	12.266
R0590	3.394
R0600	54.722
R0610	5.863
R0620	
R0630	5.744
R0640	118
R0650	48.859
R0660	
R0670	48.468
R0680	391
R0690	0
R0700	
R0710	
R0720	0
R0740	0
R0750	9.708
R0760	102.742
R0770	7.538
R0780	46.265
R0790	0
R0800	0
R0810	16
R0820	16.651
R0830	1.351
R0840	31.446
R0850	0
R0860	0
R0870	
R0880	27
R0900	539.985
R1000	171.754

Anhang I
S.12.01.02

Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung (Seite 1)

	Versicherung mit Überschussbeteiligung	Index- und fondsgebundene Versicherung		Sonstige Lebensversicherung			Renten aus Nichtlebensversicherungs- verträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungs- verpflichtungen (mit Ausnahme von Krankenversicherungs- verpflichtungen)	In Rückdeckung übernommenes Geschäft	Gesamt (Lebensversicherung außer Krankenversicherung, einschl. fondsgebundenes Geschäft)	
			Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien		Verträge ohne Optionen und Garantien				Verträge mit Optionen oder Garantien
	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100	C0150
Versicherungstechnische Rückstellungen als Gesamtes berechnet										
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet										
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge										
Bester Schätzwert										
Bester Schätzwert (brutto)										
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen	R0030	21.926						26.040	502	48.468
Risikomarge										
Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen										
Versicherungstechnische Rückstellungen als Gesamtes berechnet	R0110									
Bester Schätzwert	R0120									
Risikomarge	R0130									
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0200	22.102						26.248	509	48.859

Anhang I
S.12.01.02

Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung (Seite 2)

	Krankenversicherung (Direktversicherungsgeschäft)			Renten aus Nichtlebensversicherungs- verträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungs- verpflichtungen	Kranken- rückversicherung (in Rückdeckung übernommenes Geschäft)	Gesamt (Kranken- versicherung nach Art der Lebens- versicherung)			
	C0160	Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien				C0190	C0200	C0210
		C0170	C0180						
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010								
Gesamthöhe der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0020								
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge									
Bester Schätzwert									
Bester Schätzwert (brutto)	R0030			5.744		5.744			
Gesamthöhe der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen	R0080			3.557		3.557			
Bester Schätzwert abzüglich der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0090			2.187		2.187			
Risikomarge	R0100			118		118			
Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen									
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0110								
Bester Schätzwert	R0120								
Risikomarge	R0130								
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0200			5.863		5.863			

Anhang I

S.17.01.02

Versicherungstechnische Rückstellungen –Nichtlebensversicherung (Seite 2)

		Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft								
		Krankheitskostenversicherung	Einkommensersatzversicherung	Arbeitsunfallversicherung	Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	Sonstige Kraftfahrtversicherung	See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	Feuer- und andere Sachversicherungen	Allgemeine Haftpflichtversicherung	Kredit- und Kautionsversicherung
		C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt										
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0320		15.660		70.795	9.736	42.689	76.063	51.620	
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen – gesamt	R0330		932		15.250	1.359	16.281	16.899	22.623	
Versicherungstechnische Rückstellungen abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0340		14.728		55.545	8.376	26.407	59.165	28.997	

Anhang I

S.17.01.02

Versicherungstechnische Rückstellungen –Nichtlebensversicherung (Seite 3)

	Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft			In Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft			Nichtlebensversicherungsverpflichtungen gesamt	
	Rechtsschutzversicherung	Beistand	Verschiedene finanzielle Verluste	Nichtproportionale Krankenrückversicherung	Nichtproportionale Unfallrückversicherung	Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung		Nichtproportionale Sachrückversicherung
	C0110	C0120	C0130	C0140	C0150	C0160		C0170
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010							
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0050							
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge								
Bester Schätzwert								
Prämienrückstellungen								
Brutto	R0060		54		-550			2.684
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen	R0140		-230					-4.332
Bester Schätzwert (netto) für Prämienrückstellungen	R0150		284		-550			7.017
Schadenrückstellungen								
Brutto	R0160		2.044		653	4	25	244.393
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen	R0240							77.447
Bester Schätzwert (netto) für Schadenrückstellungen	R0250		2.044		653	4	25	166.946
Bester Schätzwert gesamt – brutto	R0260		2.097		103	4	25	247.077
Bester Schätzwert gesamt – netto	R0270		2.327		103	4	25	173.963
Risikomarge	R0280		535		177	11	4	22.442
Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen								
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0290							
Bester Schätzwert	R0300							
Risikomarge	R0310							

Anhang I
S.19.01.21
Ansprüche aus Nichtlebensversicherungen

Nichtlebensversicherungsgeschäft gesamt

Schadenjahr/Zeichnungsjahr	Z0010	Accident year [AY]
----------------------------	--------------	--------------------

Bezahlte Bruttoschäden (nicht kumuliert)
 (absoluter Betrag)

Jahr	Entwicklungsjahr											im laufenden Jahr	Summe der Jahre (kumuliert)		
	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 & +				
	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100	C0110		C0170	C0180	
Vor	R0100		666	R0100	666										
N-9	R0160	93.095	48.135	9.316	2.641	1.718	1.011	368	330	903	139		R0160	139	
N-8	R0170	80.443	42.447	6.231	2.954	993	550	723	1.524	293			R0170	293	
N-7	R0180	78.177	41.212	6.056	1.722	1.228	706	466	281				R0180	281	
N-6	R0190	90.409	47.788	9.678	2.391	1.470	931	2.907					R0190	2.907	
N-5	R0200	94.078	52.750	9.141	2.452	1.815	999						R0200	999	
N-4	R0210	94.164	44.376	6.609	3.428	2.407							R0210	2.407	
N-3	R0220	99.720	50.859	8.155	2.949								R0220	2.949	
N-2	R0230	84.768	46.110	7.564									R0230	7.564	
N-1	R0240	86.258	46.585										R0240	46.585	
N	R0250	88.144											R0250	88.144	
													Gesamt	R0260	152.933
															1.413.232

Bester Schätzwert (brutto) für nicht abgezinste Schadenrückstellungen
 (absoluter Betrag)

Jahr	Entwicklungsjahr											Jahresende (abgezinste Daten)			
	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 & +				
	C0200	C0210	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280	C0290	C0300		C0360		
Vor	R0100		42.364	R0100	42.343										
N-9	R0160	0	0	0	0	0	0	0	0	5.250			R0160	5.226	
N-8	R0170	0	0	0	0	0	0	0	6.124				R0170	6.106	
N-7	R0180	0	0	0	0	0	0	2.719					R0180	2.701	
N-6	R0190	0	0	0	0	0	3.814						R0190	3.792	
N-5	R0200	0	0	0	0	7.415							R0200	7.369	
N-4	R0210	0	0	0	8.668								R0210	8.623	
N-3	R0220	0	0	12.808									R0220	12.777	
N-2	R0230	0	11.428										R0230	11.408	
N-1	R0240	0	32.460										R0240	32.407	
N	R0250	73.761											R0250	73.793	
													Gesamt	R0260	206.544

Anhang I
S.23.01.01
Eigenmittel

Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne von Artikel 68 der

Delegierten Verordnung (EU) 2015/35

Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen
Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit
Überschussfonds
Vorzugsaktien
Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio
Ausgleichsrücklage
Nachrangige Verbindlichkeiten
Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche
Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Abzüge

Abzug für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten

Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen

Ergänzende Eigenmittel

Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert werden können

Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können
Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen
Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG

Andere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG
Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG
Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung – andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG

Sonstige ergänzende Eigenmittel

Ergänzende Eigenmittel gesamt

Zur Verfügung stehende und anrechnungsfähige Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel

SCR

MCR

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur MCR

Ausgleichsrücklage

Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten
Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)
Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte
Sonstige Basiseigenmittelbestandteile
Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sonderverbänden

Ausgleichsrücklage

Erwartete Gewinne

Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung
Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Nichtlebensversicherung

Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns (EPIFP)

	Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
R0010	20.000	20.000			
R0030					
R0040					
R0050					
R0070					
R0090					
R0110					
R0130	146.754	146.754			
R0140					
R0160	0				0
R0180					
R0220					
R0230					
R0290	166.754	166.754			0
R0300					
R0310					
R0320					
R0330					
R0340					
R0350					
R0360					
R0370					
R0390					
R0400					
R0500	166.754	166.754			0
R0510	166.754	166.754			
R0540	166.754	166.754	0	0	0
R0550	166.754	166.754	0	0	
R0580	113.389				
R0600	40.047				
R0620	1,47064169410949				
R0640	4,16396646644071				

	C0060
R0700	171.754
R0710	
R0720	5.000
R0730	20.000
R0740	
R0760	146.754
R0770	
R0780	23.770
R0790	23.770

Anhang I

S.25.01.21

Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel verwenden

Marktrisiko
 Gegenparteiausfallrisiko
 Lebensversicherungstechnisches Risiko
 Krankenversicherungstechnisches Risiko
 Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko
 Diversifikation
 Risiko immaterieller Vermögenswerte

Basissolvenzkapitalanforderung

Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Operationelles Risiko
 Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen
 Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern
 Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG

Solvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag

Kapitalaufschlag bereits festgesetzt

Solvenzkapitalanforderung

Weitere Angaben zur SCR

Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für den übrigen Teil
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios
 Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände nach Artikel 304

	Brutto-Solvenzkapitalanforderung	USP	Vereinfachungen
	C0110	C0080	C0090
R0010	49.261	 	
R0020	8.642	 	
R0030	1.498		
R0040	13.752		
R0050	87.579		
R0060	-42.658	 	
R0070		 	
R0100	118.073	 	

	C0100
R0130	10.195
R0140	-42
R0150	-14.837
R0160	
R0200	113.389
R0210	
R0220	113.389
	
R0400	
R0410	
R0420	
R0430	
R0440	

DE
Anhang I

S.28.01.01 (Seite 1)

Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit

Bestandteil der linearen Formel für Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

	C0010			
MCR _{NL} -Ergebnis	R0010	39.566		
			Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gebuchte Prämien (nach Abzug der Rückversicherung) in den letzten zwölf Monaten
			C0020	C0030
Krankheitskostenversicherung und proportionale Rückversicherung	R0020			
Einkommensersatzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0030		11.334	15.807
Arbeitsunfallversicherung und proportionale Rückversicherung	R0040			
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0050		51.240	27.146
Sonstige Kraftfahrversicherung und proportionale Rückversicherung	R0060		7.569	21.899
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung und proportionale Rückversicherung	R0070		23.750	35.303
Feuer- und andere Sachversicherungen und proportionale Rückversicherung	R0080		51.858	102.567
Allgemeine Haftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0090		25.753	18.995
Kredit- und Kautionsversicherung und proportionale Rückversicherung	R0100			
Rechtsschutzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0110			
Beistand und proportionale Rückversicherung	R0120			
Versicherung gegen verschiedene finanzielle Verluste und proportionale Rückversicherung	R0130		2.327	14.461
Nichtproportionale Krankenrückversicherung	R0140			
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	R0150		103	1.749
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	R0160		4	125
Nichtproportionale Sachrückversicherung	R0170		25	25

DE
Anhang I

S.28.01.01 (Seite 2)

Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit

Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

	C0040			
MCR _L -Ergebnis	R0200	481		
			Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gesamtes Risikokapital (nach Abzug der Rückversicherung/Zweckgesellschaft)
			C0050	C0060
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – garantierte Leistungen	R0210		17.316	
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – künftige Überschussbeteiligungen	R0220		6.697	
Verpflichtungen aus index- und fondsgebundenen Versicherungen	R0230			
Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)versicherungen	R0240		8.979	
Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen	R0250		 	

Berechnung der Gesamt-MCR

	C0070	
Lineare MCR	R0300	40.047
SCR	R0310	113.389
MCR-Obergrenze	R0320	51.025
MCR-Untergrenze	R0330	28.347
Kombinierte MCR	R0340	40.047
Absolute Untergrenze der MCR	R0350	3.700
		C0070
Mindestkapitalanforderung	R0400	40.047